

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 35 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
1. April 1914

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zeffin (Zundel), Wilhelmsstraße,
Post Begetloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Gebärzwang und Gebärfreif. I. — Sympathiefundgebung der englischen Genossinnen für die verbannten südafrikanischen Arbeiterführer und ihre Frauen. Von Marion Phillips. — Arbeiterinneninteressen oder Unternehmerinteressen? Von G. H. — Die staatliche Geburtenbeschränkung. Von Dr. med. S. Druder. — Unser internationaler Frauentag: 1. In Deutschland, 2. In Ungarn, 3. In Schweden, 4. In Rußland.
Aus der Bewegung: 120000 neue Mitglieder und 70000 neue Abonnenten. — Der 60. Geburtstag einer wackeren Kämpferin. — Genossin Selinger als Kreblerin wider die Offizierschere. — Von der Agitation. — Eine Frauenkonferenz in der Lausitz. — Politische Rundschau. Von A. Th. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Zum Streik der heimarbeitenden Schirmnäherinnen in Aurillac. Von W. Gr. — Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband. Von sk. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Rotizenteil: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Verschiedenes.

Gebärzwang und Gebärfreif.

I.

Der Gebärfreif, der dem Proletariat als revolutionäre Kampfswaffe angepriesen wird, und der Gebärzwang, dem es von „Rechts wegen“ unterworfen werden soll, treten als scharfe Gegensätze auf, und doch haben sie eine gemeinsame Wurzel: die Unfähigkeit, Erscheinungen zu begreifen, die Folgen der gesellschaftlichen Entwicklung unter der Herrschaft des Kapitalismus sind. Beide machen daher die Geburtenbewegung zum Ausgangspunkt falscher Spekulationen und Forderungen.

Die Abnahme der Geburten ist eine Erscheinung, die sich seit Anfang des neunzehnten Jahrhunderts in fast allen Staaten Europas durchsetzt, und die auch in sogenannten Kulturländern der Neuen Welt nicht fehlt. Sie geht keineswegs stetig vor sich, sondern ist großen Schwankungen unterworfen und macht sich in den einzelnen Staaten und Zeitabschnitten mehr oder minder reich und stark geltend. Jedoch alles in allem genommen ist der Rückgang der Geburten da, und seit dem Jahrzehnt 1871 bis 1880 in nahezu allen Ländern auch ununterbrochen. Diese Erscheinung mußte die Aufmerksamkeit auf sich lenken, denn für jeden Staat, für jede Gesellschaft ist es von höchster Bedeutung, ja eine Lebensfrage, ob die Bevölkerung nur noch durch den Rückgang der Sterblichkeit allein wächst — wie in Frankreich — oder aber auch gleichzeitig durch Geburten, und in welchem Umfang das geschieht.

In der Beurteilung des Geburtenrückganges selbst, in der Antwort auf die Frage nach Ursache und Wirkung gehen die Meinungen weit auseinander, am meisten in der bürgerlichen Welt. Hier hatte man früher mit Malthus die Beschränkung der Kinderzahl, den Verzicht auf Kinderlegen überhaupt dem werktätigen Volk als Alibi gegen das Elend anempfohlen, das in der kapitalistischen Ordnung auf dem Boden des Privateigentums erwächst. Es ist noch nicht lange her, daß die konservative Frau Bopelius mit der berüchtigten „Waschbütte“ den Arbeitern den Weg zeigte, die Malthusische

Theorie in die Praxis umzusetzen. Es fehlt auch nicht an bürgerlichen Reformern, die die freiwillige Kleinhaltung der Kinderzahl durch „moderne, technisch vollkommene“ Mittel als die sichere Zauberformel feiern, die das Proletariat bestimmen kann, sich in der kapitalistischen Ordnung wohllich einzurichten, indem es durch weise „Sparjamkeit“ mit den Mitteln und Kräften für Kinderzeugen und Kindererziehen einen Ausgleich für die Werte schafft, die das ausbeutende Kapital ihm raubt. Andererseits ist für viele bürgerliche Elemente Holland in Not, seitdem im Deutschen Reich das stärkere Sinken der Geburten — zumal der ehelichen Geburten — in Verbindung mit anderen Tatsachen dafür spricht, daß die Proletarier begonnen haben, gelehrige Schüler der neumalthusianischen Praktiken zu werden, mit denen ihnen die Besitzenden und Gebildeten schon längst als eifrige Lehrer beispiegelgebend vorangegangen sind. Hier überschwängliche Verherrlichung der absichtlichen Beschränkung der Kinderzahl als Ausdruck steigenden Spar- und Ordnungssinns, zunehmenden Wohlstandes, feineren elterlichen Verantwortlichkeitsgefühls, als Anzeichen von Tugend und Kultur, wie der gutgesinnte Bürger beides versteht. Dort nicht minder laute Verwünschungen und Schmähungen der nämlichen Erscheinung als Ausfluß schwindenden Elterngedächtnisses, mangelnden sozialen Verantwortlichkeitssinns, schwacher Vaterlandsliebe, sittlicher Robheit, sexueller Ausschweifung, mit einem Worte: als Symptom von Laster und Verfall, wie ebenfalls der gutgesinnte Bürgermann beides versteht.

Dieser Widerspruch ist nicht zufällig, und er erklärt sich auch in der Hauptsache keineswegs durch die Verschiedenheit in der Auffassung und Persönlichkeit der einzelnen Gelehrten, Politiker, Sozialreformer usw., die sich mit dem Geburtenrückgang beschäftigen. Er ist vielmehr letzten Endes der unvermeidliche, notwendige Ausdruck der Ratlosigkeit der bürgerlichen Gesellschaft selbst. Die bürgerliche Gesellschaft sieht sich angesichts des Geburtenrückganges einer tiefgreifenden Erscheinung gegenüber, die das Kind ihrer Tendenzen ist, und mit der sie sich nur gründlich, vorurteilslos auseinandersetzen kann, wenn sie ihr ureigenes Wesen und seine Wirkungen einer objektiven, rücksichtslosen Kritik unterzieht. Eine solche Kritik können wir der bürgerlichen Gesellschaft so wenig zumuten, wie über ihren Schatten zu springen, denn sie muß mit dem Verdammungsurteil der bürgerlichen Gesellschaft selbst enden. Natürlich wollen wir mit diesen Ausführungen nicht bestreiten, daß die Frage des Geburtenrückganges so weitreichend und verwickelt ist, daß dem klaren Erfassen große Schwierigkeiten in den Weg treten, und daß dabei nach dem Stande der heutigen Forschung dem persönlichen Empfinden und Meinungen viel Spielraum offen steht.

Für die kämpfende Arbeiterklasse, für uns als Sozialdemokraten muß es sich in erster Linie darum handeln, unbeirrt durch die bürgerlichen Wertungen von links und rechts einen klaren Einblick in die vielverschlungenen Ursachen der sinkenden Geburtenziffer zu erlangen. Aus diesem Einblick ergibt sich im Zusammenhang mit anderen Tatsachen und Ten-

denzen der gesellschaftlichen Entwicklung unsere Stellung sowohl zum Gebärgang als zum Gebärstreif.

Spüren wir den Ursachen des Geburtenrückgangs nach, so schiebt sich vor allem eine Erkenntnis breit in den Vordergrund. Das Sinken der Geburtenziffer ist nicht durch die gewollte Beschränkung der Kinderzahl allein zu erklären, vielmehr auch durch eine Abnahme der Fruchtbarkeit. Die letztere Tatsache läßt sich statistisch erweisen aus den Zahlen über die zunehmenden Fehl-, Tot- und Schweregeburten. Zu diesem Zusammenhang müssen die steigenden Fälle von Frauensterben am Wochenbettfieber gewürdigt werden, wie von Säuglingssterblichkeit infolge von angeborener Lebensschwäche und sogenannter Bildungsfehler, ja das Massensterben des proletarischen Nachwuchses überhaupt. Die drei zuletzt erwähnten Erscheinungen mindern — wenn auch erst in der nachfolgenden Generation — die Zahl der Zeugungsfähigen. Davon abgesehen legt die Statistik den Schluß nahe, das stärkere Auftreten des Wochenbettfiebers sei nicht bloß die Folge mangelnder und mangelhafter Geburtshilfe und Pflege, sondern auch — wie die wachsende Notwendigkeit operativer Eingriffe bei der Geburt, wie Fehl- und Totgeburten — ein Symptom dafür, daß die Zahl der Frauen herabgeht, die gesunde, normale Trägerinnen und Gebäerinnen des Nachwuchses sein können. Es wäre jedoch grundverkehrt, nur sinkende Fruchtbarkeit beim weiblichen Geschlecht anzunehmen. Nachweislich vermindert sich auch in der Männerwelt die Zeugungskraft, ja die vollständige oder ganz geringe Fruchtbarkeit der Frau ist nur zu oft eine Folge davon, daß der Organismus des Gatten unfähig zur Vaterchaft ist.

Die aufgezeigten Erscheinungen treten in allen Klassen der heutigen Gesellschaft auf. Die verschiedenen Lebensbedingungen der Klassen sind aber unstreitig von Einfluß darauf, daß Besitzende und Nichtbesitzende, Ausbeutende und Ausgebeutete in verschiedenem Umfang Träger der einzelnen Erscheinungen sind. Ziffern, die halsstarrigen Dingen, künden uns, daß die Kreise der fatten Jugend und zahlungsfähigen Moral wie der bürgerlichen Intelligenz weit höhere Prozentsätze zu den Geschlechtskranken stellen als die „rohen, leichtsinnigen, unethischen“ werktätigen Massen. Die Wissenschaft hat aber zweifelsfrei festgestellt, daß die Geschlechtsleiden, daß insbesondere der Tripper des Mannes — und recht oft als seine Folge — die Gonorrhöe der Frau die Fruchtbarkeit ganz vernichten oder wenigstens stark herabsetzen. Diese Tatbestände spiegeln sich unstreitig gerade in den begüterten Schichten in Gestalt vieler kinderloser Familien wieder und noch öfter in den Ein- und Zweikinderchen, denen nur zum Teil der freiwillige Verzicht auf zahlreicheren Nachwuchs zugrunde liegt.

Die Tatsache kann ferner nicht bestritten werden, daß der Alkoholismus ebenso die Fortpflanzungskraft und Lebensfähigkeit der Rasse stark beeinträchtigt. Und er fordert — das beweisen Irren-, Kranken- und Siechenhäuser — in steigendem Maße Opfer. Sie rekrutieren sich aus allen Klassen der Bevölkerung, leider nicht in kleinster Zahl aus der Arbeiterbevölkerung von Gegenden, wo der proletarische Klassenkampf noch nicht die Ausbeutungsmacht der Besitzenden gezügelt und den Ausgebeuteten mit neuen Lebenshoffnungen auch starke sittliche Lebenswerte, hohe Ideale gegeben hat. Es befinden sich recht fromme katholische wie protestantische Bezirke darunter. Das mögen die großen Schnapsbrenner beider Konfessionen bedenken, die ihr Gewerbe für so verdienstlich halten, daß sie dafür dem Reichs-fiskus, richtiger den Taschen der Verbraucher und Steuerzahler hohe Liebesgaben abpreßten. Die Herren ziehen ihre Profite aus der geburtenmindernden Schnapspest und sind die ersten, die im Namen der bedrohten Volkskraft vom Staat verlangen, daß er als Mittel zur Kinderzeugung zwingt.

Ob schon der reiche Kindersegen sehr armer, ja der ärmsten Volksschichten sprichwörtlich ist, läßt sich doch nicht bezweifeln, daß die proletarischen Arbeits- und Lebensbedingungen recht

häufig die Fruchtbarkeit untergraben, wenn diese ihre Wirkung auch vielleicht nicht sofort auffällig hervortritt, sondern erst nach Generationen. Ganz besonders zeigt sich ihr nachteiliger Einfluß auf die Kraft der erwerbstätigen Proletarierin zur Mutterchaft. Gewiß: in der Zunahme von Fehl-, Tot- und Schweregeburten, von Wochenbettfieber und Stillunfähigkeit gelangt zum Teil eine ganz verkehrte Ernährung und Lebensweise zum Ausdruck. Trotz aller Lehren der Hygiene und der Begeisterung für den Sport fällt ihnen unter der Herrschaft des Vorurteils und der Modenarreteien noch immer die Gesundheit von Mädchen und Frauen aller Klassen zum Opfer. Aber dieser Wahnsinn ist doch nur zum Teil für die hervorgehobenen Erscheinungen verantwortlich. Auch ist es wohl nicht zweifelhaft, daß verkehrte Erziehung und Lebensweise unter dem Druck der Not in der proletarischen Familie besonders verhängnisvoll wirken. Wir bestreiten auch nicht, daß unter den Gesetzen der kapitalistischen Ordnung Studium und Berufstätigkeit der bürgerlichen Frau Anforderungen stellen und Umstände zeitigen können, die den Mutterchoß unfruchtbar werden lassen. Allein was will das alles für die Fruchtbarkeit der Rasse bedeuten angesichts der erschütternden Tatsache, daß Millionen Frauen des werktätigen Volkes als Ausgebeutete aller Unbill der kapitalistischen Ordnung preisgegeben sind!

Unterernährung, Wohnungselend und andere ungünstige Lebensbedingungen erzeugen Blutarmut und Bleichsucht, die den weiblichen Körper nicht bloß im allgemeinen schwächen, sondern den Organen der Mutterchaft im besonderen verderblich werden. In der gleichen Richtung wirken noch andere Tatsachen. Die Auspressung kindlicher Arbeitskraft, die oft genug im schulpflichtigen Mädchen die mütterliche Kraft abwürgt. Da ist ferner der Widersinn, gepaart mit Verbrechen, daß Mädchen vom 14. Jahre an als Erwerbstätige ausgebeutet werden dürfen und vom 16. Jahre an als Erwachsene nur noch den dürtigsten Schutz gegen die kapitalistische Profitgier genießen. Bedenken wir ferner, daß 1907 von den rund 9½ Millionen hauptberuflich erwerbstätiger Frauen fast 4 Millionen verheiratet waren! Was besagt das für die weitaus meisten von ihnen? Doppelbelastung mit Brotfron und häuslicher Arbeit, ein Aufgezehrtwerden durch zwei Pflichtkreise. Dabei dürfen wir dieses nicht vergessen: Über die Arbeitsbedingungen entscheidet in letzter Linie das Profitbegehren der Besitzenden, und das kennt keine Rücksicht auf die Mutterchaft des Weibes, wohl aber wird es von dem Verlangen gestachelt, sich geschlechtsbrecherisch um die armseligen Schutzbestimmungen für gewerbliche Arbeiterinnen herumzuschwindeln. Die in der Landwirtschaft tätigen Proletarierinnen sind überhaupt ungeschützt gegen die Raffgier ihrer Herren, und die Kleinbäuerinnen können keine Rücksicht auf Gesundheit und Lebenskraft nehmen, sie werden von der Peitsche der Hypothekensklaverei und der Furcht vor dem vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch gepeht. Damit nicht genug: es gibt zahlreiche Berufe und Verrichtungen, die durch ihre Natur, die Umstände, unter denen die proletarische Frau ihnen nachgehen, die Stoffe, die sie verarbeiten muß, geradezu mörderisch auf die weiblichen Geschlechtsorgane, auf den Mutterchoß einwirken. Wir haben erst kürzlich ein erdrückendes amtliches Beweismaterial dafür erbracht.

Nicht als ob all die Umstände, die wir gestreift haben, die Proletarierin zur Unfruchtbar machen würden. Jedoch sie gehen an ihrer Mutterkraft, lassen sie welken und verkümmern und schwächen die Keime neuen Lebens unter dem Herzen. Zu diesem vielgestaltigen Martyrium des Weibes im werktätigen Volke gesellen sich noch die schwereren Schädigungen der gesamten Gesundheit, namentlich aber der Unterleibsorgane infolge von mangelnder Schonung und Pflege zur Zeit der Schwangerschaft und des Wochenbetts. In den aufgezeigten Tatsachen müssen wir eine der weitestfassenden Ursachen der abnehmenden Rassenfruchtbarkeit suchen. Sie nagen an der gesunden Mutterkraft vieler Mil-

tionen, allein von ihnen schweigen die Gelehrten und Politiker, die mit zorniger Geberde das Studium und die liberale Berufstätigkeit einiger Tausend bürgerlicher Frauen als Schwächung der nationalen Wirtschaftskraft und Wehrkraft verfluchen und als sittenloses Geschöpf jedes arme Weib richten, das aus materieller und seelischer Not keinen anderen Ausweg sieht, als Verhinderung der Empfängnis oder Abtreibung.

Übrigens muß hinzugefügt werden, daß manche der hervorgehobenen Umstände auch die Fortpflanzungskraft des proletarischen Vaters schwächen, wenn ihre Einflüsse an diesem auch nicht so rasch und so deutlich zutage treten wie bei der Mutter. Es sei als Beleg dafür nur auf die Berufskrankheiten der großen Arbeitergruppen hingewiesen, die Gifte verarbeiten, mit giftbergenden Dingen hantieren. Wir denken an die Seher, Schriftgießer, Maler, Tabakarbeiter und viele andere. Die Untersuchung von unreifen Leibesfrüchten hat ergeben, daß sie mit Nikotin oder Blei vergiftet waren. Es ist aber kaum anzunehmen, daß nur das weibliche Ei und nicht auch die männliche Samenzelle die vererbte Einwirkung solcher Gifte erfährt. Außerdem ist festgestellt worden, daß die Frauen von Schriftgießern, Arbeitern in Quecksilberbelegen usw. häufig abortieren, tote oder lebensunfähige Kinder gebären. Übrigens wirkt es auch auf den Geburtenrückgang ein, daß jahraus jahrein so viele Tote und Schwerverwundete auf dem Schlachtfeld der Arbeit fallen. Dadurch wird die Zahl der Zeugungsfähigen und Zeugungskraftigen vermindert.

Fassen wir den Eindruck des kurz umrissenen Bildes von den Ursachen des Geburtenrückgangs zusammen, der nicht gewollt ist, der Ursachen von mangelndem Kindererfolg, der in vielen tausend Fällen heiß begehrt wird. Die kapitalistische Ordnung mit ihrem Um und Auf erscheint dann als Massenmörderin der elterlichen Fruchtbarkeit, der Volkskraft. In den Wirkungen der Ausbeutung auf die werktätigen Massen ist das mit Händen zu greifen. Aber trägt die Ausbeutung und Knechtung des Menschen durch den Menschen nicht auch ihr sehr großes und entscheidendes Teil zum Alkoholismus bei? Und liegen die Dinge etwa anders mit Bezug auf die Prostitution und die in ihrem Gefolge das Volk verseuchenden Geschlechtskrankheiten? Die bürgerliche Ordnung des Kapitalismus läßt die Prostitution riesig anschwellen, in der Periode des Imperialismus aber mehr als je zuvor. Aug' in Auge mit den Tatsachen hat niemand ein Recht, über den Geburtenrückgang zu jammern oder zu zetern, der nicht seine ganze Kraft einsetzt, um den Kapitalismus zu überwinden oder wenigstens wirksame Gegenmaßnahmen gegen seine schlimmsten Schädigungen der Volkskraft zu schaffen. Den Geburtenrückgang durch Gesetzesparagraphen und Wütelschneiderei wider den Vertrieb und Gebrauch empfängnisverhütender Mittel aufhalten wollen, ist Verblendung und Selbstbetrug oder Heuchelei.

Aber — so erklären die Väter des bekannten Gesetzentwurfs — hat die Abnahme der Geburten unbestritten nicht auch eine andere Quelle? Wird sie nicht zum Teil durch die gewollte, künstliche Kleinhaltung der Familie bewirkt? Gegen diese Erscheinung anzukämpfen ist nach ihnen patriotische und sittliche Pflicht. Betrachten wir diese Erscheinung näher, so wird sich erweisen, ob der erstrebte staatliche Gebärzwang berechtigt ist, ob er Aussicht auf Erfolg hat.

Sympathieumgebung der englischen Genossinnen für die verbannten südafrikanischen Arbeiterführer und ihre Frauen.

I. K. Die von der Arbeiterbewegung Großbritanniens erfolgten Frauen haben es für ihre Ehrenpflicht gehalten, ihrer Empörung über die Verbannung der neun Arbeiterführer aus Südafrika Ausdruck zu verleihen. Sie haben sich nicht damit begnügt, in riesiger Zahl an dem Willkommen teilzu-

nehmen, mit dem die organisierte Arbeiterschaft die geheuten Männer begrüßt hat. Nein, sie gingen selbst ans Werk, um den Frauen der Verbannten einen ebenso begeisterten, ebenso eindrucksvollen Empfang zu bereiten. Mit tief ergriffenen Herzen gedachten die Genossinnen der schmerz- und sorgen- und düsterten Heimstätten, die die neun Verbannten hinter sich gelassen hatten, und während sie Bain, Poutjima und ihre Schicksalsgenossen jubelnd begrüßten, standen vor ihrem geistigen Auge auch die Frauen und Kinder, die in Südafrika zurückgeblieben waren, aller Ungunst schmerzlicher Zeiten durch eine Regierung preisgegeben, die sich als willfährige Dienerin mitleidsloser Kapitalisten erwiesen hat.

Sobald es bekannt wurde, daß drei Frauen von verbannten südafrikanischen Arbeiterführern auf dem Wege nach England waren, wurde ein Empfangskomitee gebildet, bestehend aus den Vertreterinnen der fünf großen Landesorganisationen für die arbeitenden Frauen: der Liga der Arbeiterinnengewerkschaften, der Frauengenossenschaftsgilde, der Gilde für die Frauen der Eisenbahner, dem Landesverband der Arbeiterinnen und der Liga für die Frauen des arbeitenden Volkes. Drei Vertreterinnen des Komitees sollten die Frauen bei ihrer Landung in Southampton begrüßen, des weiteren wurde beschlossen, sie bei der Ankunft in London freundschaftlich in engerem Kreise zu empfangen. Für den 30. März ist in Carton Hall, Westminster, eine große Begrüßungsfeier geplant, weil bis dahin alle Frauen der Verbannten eingetroffen sein werden. Natürlich soll der Willkommensgruß der Genossinnen für ihre südafrikanischen Schwestern auch den neun Arbeiterführern gelten. Wir hoffen, daß unsere Veranstaltung eine imposante Menge von Frauen und Männern der Arbeiterklasse vereinigen und zur mächtigen Kundgebung wird gegen die kapitalistische Mittelrolle der Regierung.

Der Gedanke an das zerrüttete Familienleben der verbannten Arbeiterführer hat die Frauen des werktätigen Volkes in Großbritannien aufs tiefste erschüttert. Plötzliche Verhaftungen, ein riesiges Aufgebot geübter Streitkräfte gegen Waffenlose, die schleunige und geheime Überführung der Verhafteten an die Küste, auf dem Schiff ein paar flüchtige Minuten Zeit für sie, um ihre Frauen und Anverwandten von den Vorgängen, von Trennung und Verbannung zu benachrichtigen: ist das nicht furchtbar, gleicht es nicht dem Vliß, der aus heiterem Himmel die Gattinnen und Kinder daheim getroffen hat? Unser Herz fliehet von der Empfindung über, daß wir nicht genug tun können, um unsere Solidarität mit unseren heimatlosen Genossinnen und Genossen zu bekunden. Nur zwei der aus ihrer Heimat vertriebenen Männer sind ledig. Andrew Watson ließ ein junges Weib zurück, mit dem er erst seit einem halben Jahre verheiratet ist. R. V. Waterston wurde von fünf Buben gerissen, der jüngste davon noch ein Säugling, der älteste kaum 7 Jahre alt. Wie mußte es der Mutter dieser kleinen Schar zumute sein, als sie sich gezwungen sah, Hals über Kopf ihren Haushalt zu verkaufen, zu packen, die lange Reise bis an die Küste und dann die Seefahrt zu unternehmen! All das wäre jederzeit beschwerlich und schlimm genug gewesen, nun aber mußte es um so härter empfunden werden, denn das Geld war sehr knapp, und noch zitterte in der Seele die qualende Angst über die Verhaftung und Deportation des Gatten, des Vaters nach. Auch andere der Verbannten wurden plötzlich von Weib und Kindern getrennt.

Die Tatsachen genügen, um zu zeigen, welche tapfere Frauen es sein müssen, die trotz allem ungebeugt der Zukunft mit ihren Sorgen entgegenschauen. Vielleicht ist es eine Art Erleichterung für sie gewesen, als sie die Verhaftung ihrer Gatten erfuhren. Gatten diese neun Tapferen während des letzten Jahres in den Straßen von Johannesburg nicht oft genug dem Tod ins Antlitz geschaut? In der Tat: das Leben der südafrikanischen Arbeiterführer war eine ununterbrochene Kette der schwersten Gefahren, seitdem im Juli 1913 auf die Teilnehmer an einem Meeting die bewaffnete Macht 105-

gelassen worden war. Dieses wahnwitzige Unterfangen hat den Frieden in den furchtbarsten aller Kriege verwandelt, in den Kampf waffenloser, zur Verzweiflung getriebener Männer gegen wohlaußgerüstete Polizeier und Truppen. Die Regierung hat den Kopf verloren, und angesichts der von panischem Schrecken geschüttelten Feiglinge, die die Macht in der Hand haben, ist das Leben der kämpfenden Arbeiter ein gar zerbrechlich Ding! Trotz aller Infamien, die die verhafteten Arbeiterführer im Gefängnis treffen konnten, mochte ihr Leben dort immerhin sicherer sein als in den Straßen, die von Veritlenen „geäubert“ wurden. Wenig zeitgenössische Frauen dürften in Großbritannien und anderen Ländern den gleichen Jammer erduldet haben, wie unsere südafrikanischen Schwestern. Diejenigen von ihnen, deren Gatten in den Minen schafften, kannten noch eine andere schreckliche Qual: die Sorge, manche behaupten die Gewißheit, daß der Mann von der Grubenschwindsucht befallen werden würde. Diese Krankheit ist gleichbedeutend mit einem Todesurteil. Der Erkrankte mag langamer oder schneller sterben, binnen wenigen Jahren ist für ihn das Ende da. Zwei der Verbannten leiden an der Bergarbeiterchwindsucht, sie wissen, daß sie verloren sind, und ihre Frauen wissen es auch.

Südafrika hat den Männern und Frauen wenig zu bieten, die sich dort eine Heimat gründeten. Es vertreibt die Männer, die uns in ihren schlichten, ehrlichen Reden, in ihrer mannhaften Bereitwilligkeit, sich mit den Folgen ihrer Überzeugungstreue abzufinden, als Vertreter sogenannter englischer Tugenden, als echteste Söhne unseres Vaterlandes erscheinen sind. Jedoch auch jene Proletarier haben kaum etwas zu hoffen, denen gnädigst erlaubt wird, in Südafrika zu bleiben und ihr Leben in den Gruben oder auf den Schienen um des Brotes willen zu wagen. Sie sind Zeuge, wie die Grubenherren immer mehr Schwarze einstellen; die Arbeitsgelegenheit für weiße Proletarier wird mit jeder Woche geringer, und so winkt diesen und ihren Söhnen nur Arbeitslosigkeit und bittere Armut. So stehen heute die Dinge in diesem Kolonialland Großbritanniens. So trostlos ist das Geschick, das die Frauen für ihre Kinder dort vor sich sehen, wo sie einst das Land ihrer Hoffnung zu erblicken wähten. Angesichts dieser ganzen Sachlage ist es nicht verwunderlich, daß unsere Genossinnen die Verbannten, ihre Frauen und Kinder mit offenen Armen und unter Ehren aufnehmen. Sie alle sollen empfinden, wie herzlich unsere Sympathie und wie tatkräftig unsere Schwesternschaft ist. Wir wollen die Bedeutung unserer internationalen Solidarität erweisen, die Aufrichtigkeit und Kraft unserer sozialistischen Überzeugung.

Marion Phillips, London,

Generalsekretärin der Liga für die Frauen des arbeitenden Volkes.

Arbeiterinneninteressen oder Unternehmerinteressen?

Konferenz zur Förderung von Unternehmerinteressen hätte der Name einer Veranstaltung lauten müssen, die für den 19., 20. und 21. Februar von einer bürgerlichen Körperschaft, von dem „Ständigen Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinneninteressen“, nach Berlin einberufen worden war. Diese dritte Konferenz beschäftigte sich im Gegensatz zu den früheren Tagungen in der Hauptsache mit den Verhältnissen der ländlichen Bevölkerung. Erhebungen über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Frauen in der Landwirtschaft bildeten die Grundlage der wichtigsten Vorträge. In ihnen wurden die Ergebnisse der Untersuchung zusammengefaßt und Schlusfolgerungen gezogen. Die Konferenz hörte diese Referate: „Ergebnisse einer Untersuchung über die Lebensverhältnisse der ländlichen Arbeiterinnen“, „Einwirkung der wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse auf das Frauenleben“, „Der Einfluß der Gebildeten auf dem Lande“, „Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen auf dem Lande“ und „Die Bedeutung des Vereinslebens für die Kleinbäuerinnen und Landarbeiterinnen“.

Bei Beginn der Verhandlungen wurde erklärt, daß die Frage der Frauenarbeit in der Landwirtschaft den „Ständigen Ausschuss“ seit 2½ Jahren beschäftigt habe. Er wollte durch tatsächliche Feststellungen Klarheit darüber schaffen, ob die Landwirtschaft sich als Beruf für die Frauen eigne, ob die Entlohnung im Einklang mit der Arbeit stehe und welches die Gründe für die starke Abwanderung der ländlichen Jugend in die Städte seien. Ferner sollten die materiellen und seelischen Bedürfnisse der Landbevölkerung erforscht werden. Zum Zweck der Untersuchung waren an Gutsbesitzer, Pastoren, Lehrer und ländliche Hausfrauen eine Reihe umfangreicher Fragebogen versandt worden.

Offenbar kam es den Damen des „Ständigen Ausschusses“ in erster Linie darauf an, daß Mittel und Wege gesucht würden, wie der Landflucht zu wehren sei. Dies ging aus den Ausführungen und Vorschlägen der Berichterstatter hervor.

Der erste Referent, Professor Dr. Auhagen, hätte deshalb gar nicht nötig gehabt, noch besonders zu betonen, daß der „Ständige Ausschuss“ mit seiner Untersuchung nicht nur dem Wohl der Arbeiterinnen dienen, sondern auch der Landflucht entgegenwirken wollte. Für ihn selbst, so erklärte dieser Herr, sei das letztere die Hauptsache gewesen. Weil es sich um die Bekämpfung der Landflucht handeln sollte, hätten auch die Arbeitgeber sich der Mühe unterzogen, die umfangreichen Erhebungsbogen zu beantworten. Es frage sich nun, ob in Erfüllung gehen könne, was die Arbeitgeber erhofften. Bei dieser Auffassung war es nicht zu verwundern, daß Herr Professor Auhagen gleich im Anfang vor zuviel Sozialpolitik warnte. Sie schaffe wohl augenblickliche Vorteile, verweiche aber die Landarbeiter und mache sie untüchtig. Daß es der Landbevölkerung manchmal nicht gerade gut gehe, mußte der Herr Professor trotz allem zugeben, weil auch die anderen Referenten um dieses unbequeme Eingeständnis nicht herumkamen. Ebenso konnte niemand bestreiten, daß eine Hebung der wirtschaftlichen Lage und des geistigen Niveaus der Landbevölkerung zu wünschen sei. Trotzdem klang aber aus allen Reden die Melodie heraus: Die Landbevölkerung hat es doch besser als die Arbeiterschaft in der Stadt. Man muß ihr dies nur immer wieder sagen. Alle Redner glaubten wohl auch, der Landbevölkerung einen Dienst zu erweisen, wenn sie für Förderung der Sebstätigkeit eintreten, eventuell sogar durch Zwangsmittel. Die Welt malt sich eben in bürgerlichen Köpfen ganz besonders.

Wie wenig Verständnis für die Verhältnisse der Arbeiterklasse bei den Tagenden vorhanden war, zeigten deutlich die Vorschläge des zweiten Referats, das Fräulein Dyhrenfurth erstattete. Nach ihr soll die weibliche Jugend auf dem Lande bis zum vollendeten achtzehnten Jahre an die Scholle gefesselt bleiben. Sie will das erreichen durch Verlängerung der Schulpflicht um zwei Winterhalbjahre, die Sommerhalbjahre sollen für die Landarbeit frei sein. Des weiteren sollte sich für die jungen Mädchen eine zweijährige Lehre anschließen, die sie nicht verlassen dürfen. Jedes Mädchen, das vom Lande in die Stadt geht, so forderte Fräulein Dyhrenfurth, müßte den Nachweis erbringen, diese Lehre durchgemacht zu haben. So soll also das junge Mädchen auf dem Lande alles in allem eine vierjährige Lehrzeit absolvieren. Ist das geschehen, so tritt es in den Gehilfenstand. Muß unser Agramer nicht das Herz im Leibe hüpfen vor Freude über solche Vorschläge? Zwei Semester dürfen sie die Mädchen gegen niedrige Vergütung ausbeuten, denn „Schülerinnen“ zahlt man doch nicht den Lohn, den Erwachsene erhalten. Und für zwei Jahre sind den Herren billige Arbeitskräfte gesichert, die nicht wie jetzt fortziehen können, wenn ihnen die Ausbeutung zu toll mitspielt. Man mußte bei den betreffenden Ausführungen unwillkürlich fragen: Ja, kennt denn Fräulein Dyhrenfurth die Verhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiterinnen nur aus Berichten der Pastoren und Gutsbesitzer, und ist ihr noch niemals eine andere Literatur in die Finger gekommen als die „Deutsche Tageszeitung“ oder einige Kreisblätter? Fast scheint es so, andernfalls könnten

Vorschläge wie die ihrigen nicht mit der Begründung gemacht werden, auch den Arbeiterinnen helfen zu wollen. Andernfalls wäre auch die kühne Behauptung unmöglich, daß „die arme Magd von früher nicht mehr existiert“. Der Beweis dafür? Mitteilungen wie diese, daß von 70 Frauen eines Bezirks 64 ihre Aussteuer bar bezahlt haben und eine Magd zwischen Schulentlassung und Heirat 800 Mk. sparte. Bei den vertretenen Ansichten versteht es sich, daß die Beseitigung der Gesindeordnungen nur „aus Anstandsgefühl“ gefordert, nicht als Notwendigkeit erkannt wurde. Nach Fräulein Dyhrenfurth sind die Gesindeordnungen ganz harmlos, auf Grund ihrer Bestimmungen ist noch nie einer Magd auch nur ein Finger gekrümmt worden. Natürlich mag die Referentin auch der Regelung der Arbeitszeit keinen Wert bei. Ihrer Meinung nach haben die Landarbeiterinnen durchschnittlich einen kürzeren Arbeitstag als die gewerblich tätigen Proletarierinnen. Auch der Besitz des Koalitionsrechts für Landarbeiterinnen ist nach der Dame keine Frage, solange die Männer dieses Recht noch nicht besitzen. Branchen wir noch besonders zu sagen, daß der Vortrag Fräulein Dyhrenfurths wie auch die folgenden Ausführungen über die Verhältnisse der Frauen in der Landwirtschaft lebhaften Beifall fanden? Die Anwesenden waren teils junge Mädchen aus der von Dr. Alice Salomon geleiteten „Sozialen Frauenschule“, teils Vertreterinnen ländlicher Hausfrauen- und Wohlfahrtsvereine. Vor diesem Publikum, das unkritisch oder ausgesprochene Partei war, wurde auch das völlig bedeutungslose Referat beifällig aufgenommen, das die Freiin v. Puttkly über den „Einfluß der Gebildeten auf dem Lande“ hielt. Überhaupt gehörte es zu den bemerkenswerteren Zügen der Konferenz, daß allen Rednern durch starken Beifall gedankt wurde, auch wenn sie das Gegenteil von dem ausführten, was loben beklagt worden war. Übrigens wollen wir an unserem Teil nicht bestreiten, daß die Vorträge im einzelnen mancherlei wertvolle Anregungen enthielten. So zum Beispiel das Referat von Frau Dr. Rosa Kempf über „Ausbildungsmöglichkeiten“. Aber auch ihre Ausführungen und Vorschläge waren darin mangelhaft, daß sie die tatsächlichen Verhältnisse der ländlichen besitzlosen Bevölkerung nicht gebührend berücksichtigten, daß sie nicht scharf hervorhoben, was Vorbedingungen sind für eine wirklich erfolgreiche theoretische und praktische Unterweisung der Mädchen in Fach- und Haushaltungsschulen: nämlich die durchgreifende Reform der Volksschule und die Hebung der wirtschaftlichen Lage der ländlichen Arbeiterschaft. Auch in den Ausführungen der Frau Dr. Kempf klang als Unterton die Beängstigung durch die Landflucht mit. Man konnte sie aus der Aufzählung heraus hören, in Bayern bestände keine Landflucht, deshalb brauche man auch dort mit Bestrebungen nicht zurückzuhalten, die Lage der städtischen Arbeiter zu verbessern.

Für die Allgemeinheit der ländlichen Bevölkerung haben Einrichtungen keine praktische Tragweite, wie sie Frau Boehm-Lamgarten in ihrem Referat über „Die Bedeutung des Vereinslebens“ für die Kleinbäuerinnen und Landarbeiterinnen empfahl. Es handelt sich um Einrichtungen, die sie auf ihrem eigenen Gute ins Leben gerufen hat und die hier und da in Ostpreußen Nachahmung gefunden haben. Mit zäher Ausdauer und Energie wie mit sozialem Verständnis hat Frau Boehm ein Band zwischen Gutsherrschaft und Dorfeinwohnerschaft geknüpft, sie hat durch Vereinsgründungen und planmäßige Organisation einen guten Absatzmarkt für die Landprodukte geschaffen, und all diese Maßnahmen haben die wirtschaftliche Lage und die geistige Entwicklung der ländlichen Bevölkerung günstig beeinflusst. Aber Schöpfungen dieser Art können nur einem kleinen Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung helfen und hängen letzten Endes doch von dem Wohlwollen und der Einsicht der Großgrundbesitzer ab, davon abgesehen, daß in Gegenden, wo keine großen Güter sind, die Vorbedingungen für die Art Hilfe fehlen, wie sie Frau Boehm bringen will.

Die Diskussion bewegte sich meist in dem Rahmen der Vorträge. Sie ließ durchschleuchten, wie verschiedenartig die Ver-

hältnisse in der Landwirtschaft liegen, wie gegenwärtlich auch hier die Interessen der verschiedenen Bevölkerungsschichten sind. Und klar erwies sie, wie wenig die Redner und Rednerinnen sich in die Lage der arbeitenden Landbevölkerung hineinsetzen konnten. Ein Beispiel von vielen. Ein Pfarrer führte an, daß in seinem Dorfe die Mädchen im Sommer nach der Feldarbeit bis 10 und 11 Uhr abends auf der Straße singen. Daraus schloß der biedere Seelsorger, daß die Arbeit doch nicht schwer sein könne und daß die Mädchen sich pudelwohl fühlen müßten. Wer es nicht anders wußte, der konnte nach diesen Debatten schließen, daß die Arbeiterinnen auf dem Lande in der reinsten Idylle leben. Von der Hebung des Standesbewußtseins durch Vereine, von der Ausgestaltung der Wohlfahrtspflege wurden helfende Wunder erwartet, die nach der Ansicht der meisten Redner die ländliche Bevölkerung mit ihrem Los auslöshen und der verderblichen Neigung zur Abwanderung in die Städte ein Ziel setzen müßten.

Nicht ganz so harmonisch wie die beiden ersten Tage verlief der dritte Tag der Konferenz, der den Verhältnissen einiger Gruppen gewerblicher Arbeiterinnen gewidmet war: das Referat über „Die Entwicklung der Frauenarbeit in der Metallindustrie“ war augenscheinlich nicht ganz nach dem Geschmack der Konferenzleitung. Kaum daß es beendet war, erklärte die Vorsitzende, daß wohl in der Diskussion abweichende Ansichten zum Ausdruck kommen würden. Einer solchen Meinungsäußerung hatte sie sich bis dahin sorgsam enthalten. Die Referentin zur Frage, Frau Dr. Altmann-Gottheimer, war von dem Standpunkt abgewichen, der seit einigen Jahren von den bürgerlichen Frauen vertreten wird. Sie fordern eine mehrjährige handwerksmäßige Lehre für alle gewerblichen Arbeiterinnen und erblicken in einer solchen ein Allheilmittel gegen die niedrige Entlohnung der Frauenarbeit und andere Übel, die Folgen der kapitalistischen Ausbeutung sind. Im Gegensatz zu dieser Auffassung trat Frau Dr. Altmann-Gottheimer nur für die folgenden Forderungen ein: bessere Allgemeinbildung, Ausdehnung des Fortbildungsschulunterrichts und dessen Ausgestaltung, Förderung der Berufsorganisationen, Ausbau des Arbeiterinnenschutzes und Schaffung von Tarifverträgen nach dem Prinzip: gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Die zweite Referentin des Tages, Fräulein Dr. Elisabeth Lüders, behandelte „Die Entwicklung der Frauenarbeit in der Konfektionsindustrie“. Sie bewertete als wichtigstes Erfordernis für die bessere Lage der Arbeiterinnen die Einführung einer längeren Lehre oder die Ausbildung in gutgeleiteten Fachkursen. Ihrer Meinung nach gilt es vor allem, den Mangel an guten Arbeitskräften in der deutschen Konfektionsindustrie zu beseitigen und dadurch ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem ausländischen Markt zu erhalten. In der Diskussion über die Referate kam noch unverbliunter als an den beiden ersten Tagen zum Ausdruck, daß die Tagung nicht den Interessen der Arbeiterinnen gerecht zu werden vermochte. Fräulein Lüders hatte sich um die Hungerlöhne in der Konfektionsindustrie mit der billigen und bezeichnenden Erklärung herumgedrückt, die Lohnfrage werde wohl in der Diskussion von den anwesenden Vertretern der Unternehmer erörtert werden. Der Zufall fügte es, daß vor einem Unternehmer eine Heimarbeiterin zum Worte kam, ein Mitglied des Gewerkschaftsvereins christlicher Heimarbeiterinnen. Sie wollte den Verdienst schildern, der in der Mäntelbranche bei guten Mittelwaren erzielt wird. Da griff die Vorsitzende in die Debatte ein, um diese Ausführungen zu verhindern. Ein Unternehmer durfte ungestört aus einem Paket Lohnbücher Angaben über den Verdienst der Arbeiterinnen vorlesen. Ein anderer Unternehmer konnte ohne Unterbrechung oder nachherige Kritik durch die Vorsitzende die „Anwürfe“ gegen die Arbeitgeber zurückweisen und davon sprechen, daß die Fortbildungsschule die jungen Leute „noch lämmelhafter“ mache. Worin bestanden die „Anwürfe“? In dem „Ständigen Anschau“ sind außer dem Gewerkschaftsverein der christlichen Heimarbeiterinnen auch die Girsch-Dunkerschen Gewerkschaften

vertreten. Und Vertreter dieser zahmen Organisationen hatten festgestellt, daß in der Metallindustrie die Einführung von Tarifverträgen bisher noch immer an dem Widerstand der Unternehmer gescheitert sei. Des weiteren, daß die Unternehmer in der Konfektion bisher nichts für die Ausbildung der Arbeiterinnen getan hätten, obgleich gerade sie bis vor kurzem von den Beiträgen zur sozialpolitischen Versicherung verschont geblieben seien und heute noch keine Beiträge zur Unfallversicherung zu zahlen brauchten. Die Klage der Unternehmer, daß es zu wenig ausgebildete Arbeitskräfte gäbe, klinge eigentümlich. Sie stehe im Widerspruch zu ihrem Verlangen, galizische Arbeiterinnen in der Konfektionsindustrie zu verwenden. In der Metallindustrie rühre der Mangel an guten Arbeitskräften daher, daß solche es ablehnen, sich durch den Nachweis der gelben Werkvereine einstellen zu lassen. Die Arbeitgeber setzten überall den Bestrebungen der Arbeiterorganisationen schärfsten Widerstand entgegen. Die Vertreter der Sirich-Dunderschen Gewerksvereine hatten auch bemängelt, daß die Leitsätze von Fräulein Lüders keine Forderungen nach Ausgestaltung des Arbeiterschutzes und namentlich auch zur Verbesserung des Hausarbeitsgesetzes enthielten. Ihre Ausführungen paßten nicht für diese merkwürdige Konferenz zur „Förderung der Arbeiterinneninteressen“. Hier durfte wohl ein Unternehmer mit groben Worten auf diese Ausführungen erwidern, als aber ein Sirich-Dunderscher Gewerksvereiner in ruhiger Weise darauf antworten wollte, trat ihm die Vorsitzende sofort entgegen. Charakteristisch genug erwähnt das Organ der Sirich-Dunderschen, der „Gewerksvereine“, kein Wort von diesen Dingen! Von allem abgesehen, was geredet und gefordert worden ist, zeigen schon die hervorgehobenen Vorgänge, wie solche bürgerliche Veranstaltungen zu bewerten sind. Die Damen wollen den Arbeiterinnen in der Rolle von Wohltäterinnen gegenüberreten. Man berät über Verhältnisse, die man nicht kennt und versteht. Man hütet sich wie vor der Todsünde vor allem, was den Klassengegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten enthüllen könnte. Und wenn trotz aller weisen Vorsicht dieser Klassengegensatz sich nicht wegskamotieren läßt, wenn er in seinen Folgen für die Arbeiterinnen in die Erscheinung tritt, dann nimmt man unter heuchlerischen Phrasen oder auch offen brutal Partei für die Herren Kapitalisten. Trotz der Sympathie, die Regierung und Behörden für Veranstaltungen solcher Art bekunden, weiß heute die denkende Arbeiterin, daß sie ihr keinen Nutzen bringen, ja im Gegenteil nur zu oft dazu beitragen, daß ihre Lage noch ungünstiger gestaltet wird. Sie bleibt in ihrem Streben nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen auf sich, ihre Berufs- und ihre Klassenossen angewiesen; widerstandsfähige, zielklare Arbeiterorganisationen sind die Vorbedingungen für den Erfolg ihres Strebens.

G. H.

Die staatliche Geburtenbeschränkung.

Der Kampf unserer Staatsstützen gegen den Geburtenrückgang hat begonnen. Nachdem man erst die drohende Entvölkerung, den bevorstehenden Untergang alles Deutschtums recht eindringlich geschildert hatte, um die „Gutgefünnten“ aus ihrer Gleichgültigkeit aufzuschrecken, geht man nun zum Angriff über. Die Vertreter von Junkern, Pfaffen und Großindustriellen, die die Mehrheit des deutschen Reichstags bilden, haben in trauter Harmonie beschloffen, durch gesetzliches Verbot die Verwendung von empfängnisverhütenden Mitteln unmöglich zu machen. Diese Pharisäer stellen es so dar, als wenn die Abnahme der Geburtenzahl einzig und allein auf die absichtliche Einschränkung des Kinderreichtums zurückzuführen ist; es fällt ihnen nicht ein, auch nur ein Wort darüber zu verlieren, daß in der heutigen Gesellschaftsordnung daneben zahlreiche Ursachen geradezu gegen den Willen der Eheleute in derselben Richtung wirksam sind.

Schon unzählige Male ist nachgewiesen worden, daß die kapitalistisch ausgebeutete Erwerbsarbeit, zu der heute Mil-

lionen von Frauen gezwungen sind, auf das keimende Leben im Mutterleib einen äußerst verhängnisvollen Einfluß ausübt: die zarte, empfindliche Frucht trägt schweren Schaden davon und stirbt nicht selten schon in den ersten Monaten ab. Vielfach hat der Organismus der Mutter durch die unaufhörlichen Anstrengungen, durch den Mangel an Schlaf, frischer Luft und kräftiger Ernährung überhaupt die Tätigkeit zum Austragen verloren. Denn die gewöhnlich als Folge der proletarischen Lebenshaltung auftretende Blutarmut und Schwindsucht bedingen Krankheiten der Unterleibsorgane, die vielfach eine normale Entwicklung des befruchteten Eies gar nicht zulassen, und Knickungen und Senkungen der Gebärmutter, Leiden, die vor allem die Lohnarbeiterin heimsuchen, führen nur zu oft eine vorzeitige Unterbrechung der Schwangerschaft herbei. In der Tat lehrt die Statistik, daß sich Fehlgeburten bei Proletarierinnen viel öfter ereignen als bei bemittelten Frauen. So werden die der Leipziger Ortskrankenkasse angehörenden Arbeiterinnen siebenmal so häufig von Fehlgeburten befallen wie diejenigen, die ein ruhiges, behagliches Leben führen können. Die große Zahl der Fehlgeburten wird nicht etwa durch Fruchtabtreibung der Proletarierinnen selbst veranlaßt. Denn erstens spielen unerlaubte Eingriffe in die Entwicklung bei der wohlhabenden Bevölkerung eine mindestens ebenso bedeutsame Rolle wie im arbeitenden Volke, und dann beweist die überaus große Zahl der Früh- und Totgeburten im Proletariat, daß in erster Reihe die ungünstigen äußeren Verhältnisse für die häufigen Schwangerschaftsstörungen verantwortlich gemacht werden müssen.

Doch bittere Not und gewissenlose Ausbeutung zerstören nicht bloß in Tausenden von Fällen das werdende Leben, das sich eben erst unter dem Herzen der Arbeiterin regt, nicht selten verschulden sie auch Unfruchtbarkeit der Frau und nehmen ihr für immer die Fähigkeit zur Fortpflanzung. Wenn schon in früher Jugend auf den weiblichen Körper die Schädlichkeiten des Berufes und der proletarischen Lebensweise einwirken, so können die Geschlechtsorgane in ihrer Entwicklung gehemmt werden; sie bleiben auf kindlicher Stufe stehen und sind damit für ihre natürliche Funktion dauernd untauglich. Auch die bereits geschlechtsreife Arbeiterin kann später noch ihre Zeugungskraft einbüßen durch die an ihrer Gesundheit zehrenden Strapazen und besonders durch die Gewerbekrankheiten. Dieser Fall tritt allerdings nicht oft ein. Gewöhnlich werden die Fortpflanzungskeime nur geschwächt und verdorben: die bleichsüchtige, unterernährte Proletarierin, die blei- oder quecksilberfranke Arbeiterin wird zwar schwanger, aber ihre Leibesfrucht geht vorzeitig zugrunde oder es wird ein entarteter, minderwertiger Mensch geboren.

Und wieviel Millionen Kinder werden schon in den ersten Jahren vom Brechdurchfall, von der Rachitis und der Tuberkulose dahingerafft, von Krankheiten, die in größtem Umfang in den lichtlosen, überfüllten Mietskasernen ihr Zerstörungswerk verrichten, dagegen gewöhnlich das helle, freundliche Heim der wohlhabenden Familie verschonen! Dieses Massensterben des Proletariernachwuchses, so gewaltig es auch die Bevölkerungsziffer herabzudrücken vermag, kommt direkt natürlich nicht in einer Verringerung der Geburten zum Ausdruck, trotzdem besteht zwischen ihm und dem Geburtenrückgang ein enger Zusammenhang. Je mehr Individuen die Fortpflanzungsperiode erleben oder genauer überleben, um so größer ist die Zahl der Neugeborenen innerhalb der Gemeinschaft. Jeder Mensch birgt ja die nächste Generation in sich, und stirbt er vor Erfüllung seiner Geschlechtsaufgabe, dann nimmt er die noch ungeborene Nachkommenschaft mit ins Grab. Nun erinnere man sich der Myriaden von Säuglingen und Jugendlichen, die ständig den Proletarierkrankheiten erliegen, man denke an die Scharen der Männer und Frauen, die Jahr für Jahr auf dem Schlachtfeld der Arbeit oder durch im Elend erworbene Leiden getötet werden! Auf die enorm hohe Sterblichkeit armer Kinder ist die Bourgeoisie endlich aufmerksam geworden, aber noch wird kaum

beachtet, daß der Tod auch unter den erwachsenen Proletariern nicht weniger furchtbar wütet. Und häufiger als früher werden heute die Arbeiterfrauen schon um die Mitte ihres Lebens von Krankheiten gefällt. Die Anstrengungen in der Fabrik oder im eigenen Heim, die steten Entbehrungen und Sorgen untergraben die Widerstandsfähigkeit des Körpers, zerrütten die Gesundheit; die Entbindungen, die die erschöpfte Proletarierin vielfach noch ohne jede sachverständige Hilfe durchmacht, nehmen ihr nur zu oft noch den letzten Rest ihrer Lebenskraft. Kein Wunder, daß heute Kindbettfieber, Lungenentzündung, Tuberkulose unter den jungen Arbeiterinnen zahllose Opfer fordern und Unterleibsleiden, Nerven- und Geisteskrankheiten viele tausend andere zu jahrelangen, oft unheilbarem Leiden verurteilen! In Bremen starben im Alter von 15 bis 30 Jahren siebenmal soviel arme Frauen wie wohlhabende und im Alter von 30 bis 60 Jahren noch mehr als doppelt soviel. Würde der Staat den Schwangeren und Wöchnerinnen, den werdenden und geborenen Kindern den notwendigen Schutz angeheben lassen, würde er für jeden Menschen von seinem ersten Atemzug an gewissenhaft sorgen, ihn vor jeder Gesundheitsgefährdung peinlich bewahren: die Geburtenziffer würde gewaltig in die Höhe schnellen und der Entvölkerung wäre am wirksamsten vorgebeugt.

In den letzten Jahrzehnten hat die medizinische Wissenschaft noch eine überaus wichtige Ursache für die Abnahme der Zeugungs- und Gebärfähigkeit aufgedeckt: die Geschlechtskrankheiten. Die Syphilis, jenes chronisch verlaufende Geschlechtsleiden, das den ganzen Organismus durchseucht, schädigt vor allem die Fortpflanzungszellen. Vielfach werden Mann und Weib dadurch vollständig unfruchtbar, oder sie zeugen eine lebensschwache Frucht, die entweder schon im Mutterleib abstirbt oder krank und siech zur Welt kommt. Der Tripper verschuldet noch weit öfter als die Syphilis Kinderlosigkeit und Kinderarmut, denn er bringt die Geschlechtsdrüse des Mannes zur Entartung und ruft bei der Frau eitrige Entzündungen der Unterleibsorgane hervor, die eine Empfängnis auf Jahre hinaus oder gar zeitlebens verhindern. Professor Blaschko hat es in seiner soeben erschienenen Broschüre über „Geburtenrückgang und Geschlechtskrankheiten“ unternommen, auf Grund des vorliegenden statistischen Materials den Geburtenausfall zu berechnen, der durch die Geschlechtskrankheiten veranlaßt wird. Aus zuverlässigen Zusammenstellungen zieht er den Schluß, daß sich in der Gesamtbevölkerung zunächst gegen 10 Prozent Syphilitiker befinden. Da nun in der Ehe früherer Syphilitiker mindestens ein Kind weniger geboren wird als bei ganz gesunden Eheleuten, so ergeben 100 Ehen bereits einen Verlust von 10 Kindern. Dabei ist nicht einmal berücksichtigt, daß der syphilitische Nachwuchs zu einem erheblichen Teil kurzlebig ist und als Nachkommenerzeuger nicht wieder in Betracht kommt. Der Tripper bedingt sogar einen fünfmal so großen Geburtenausfall. Denn wenn auch im allgemeinen in Ehen von Tripperkranken die Kinderzahl nicht stärker zurückgeht als in syphilitischen, so ist doch der Tripper fünfmal so häufig wie jene Krankheit; er gilt als die Hauptursache der Unfruchtbarkeit in der gutbürgerlichen Ehe sowohl wie in der proletarischen. Erst kürzlich hat der Berliner Frauenarzt Schaeffer an 5000 Arbeiterfrauen die Beobachtung gemacht, daß in mehr als zwei Dritteln aller Fälle die Kinderlosigkeit durch den Tripper der Ehegatten herbeigeführt war.

Kann nun dieser die Volksvermehrung so gewaltig hemmende Faktor ausgeschaltet oder wenigstens abgeschwächt werden? Eine Ausrottung der Geschlechtsleiden wird der heutigen Gesellschaft nie gelingen, denn sie kann die Prostitution nicht beseitigen, den Seuchenherd, von dem die Ansteckung immer wieder von neuem ausgeht. Dagegen ist es schon jetzt immer wohl möglich, das Übel zu verringern. Für die wirksamste Methode hält Professor Blaschko die Verwendung von Schutzmitteln in außerehelichem Verkehr. Dieser Selbstschutz habe sicherlich schon Hunderttausende, wenn nicht

gar Millionen vor schwerem Unglück bewahrt, und ohne ihn wäre die Syphilis heute vielleicht die Krankheit aller Menschen. Wollte man die Geschlechtskrankheiten mit Erfolg bekämpfen, dann müßten die Schutzmittel rüchhaltlos empfohlen werden — so daß die Gesamtbevölkerung sie genau kenne. Blaschko spricht dem Einwand jede Berechtigung ab, daß die allgemeine Kenntnis der Prozeduren, die vor geschlechtlicher Infektion bewahren, mehr schaden als nützen könne, weil daselbe Verfahren dann in ausgiebigem Maße zur Verhinderung der Schwangerschaft angewendet werden würde. Sicher hätte das Verbot der Schutzmittel nur ein noch stärkeres Umsichgreifen der Geschlechtskrankheiten zur Folge, aber ein Ansteigen der Geburtenziffer werde nicht erreicht werden. Denn die Hauptrolle spielten heute bei der Empfängnisverhütung andere, wenn auch nicht ebenso zuverlässige Manipulationen, die auf geschlechtlichen Wege gar nicht unterdrückt werden könnten. Führten diese in Zukunft feltener zum Ziel, dann würde man noch häufiger zur lebensgefährlichen Fruchtbarkeit seine Zuflucht nehmen. In den Ländern, in denen die Schutzmittel verboten seien, habe die Zahl der kriminellen Fehlgeburten tatsächlich ganz rapide zugenommen, während dort, wo der Verkauf von Gummiartikeln keinen Beschränkungen unterliege und die Bevölkerung sich auf die Benutzung verstehe, die Schwangerschaft nicht häufiger, zum Teil sogar seltener auf gewaltsame Weise unterbrochen werde. Wenn der Staat den weitverbreiteten Wunsch nach Kleinhaltung der Familie zurückdrängen wolle, so müsse er den Eltern einen großen Teil der Lasten abnehmen, die heute die Kindererziehung mit sich bringt; er müsse durch Schaffung guter Wohnungen, durch Verbilligung der Lebensmittel und vor allem durch eine großzügige Mutterschaftsfürsorge die Lebensbedingungen der Massen gründlich aufbessern.

Dieselben Ansichten haben in der letzten Zeit auch zahlreiche andere Sachverständige ausgesprochen. Aber was scheren sich die herrschenden Klassen um Urteile von Gelehrten und Autoritäten! Mag die Wissenschaft im Interesse der Volksgesundheit noch so entschieden den freien Verkauf der Schutzmittel, die Aufhebung der Zölle, die Verkürzung der Arbeitszeit verlangen, die bürgerliche Gesellschaft verspürt keine Reigung, durch sozialistische Maßnahmen der ständigen Vergewandung von Menschenleben Einhalt zu gebieten und die Fruchtbarkeit der Bevölkerung zu heben. Sie bleibt bei kleinlichen, nutzlosen Polizeigesetzen. Das Proletariat vertritt heute die Forderungen der Wissenschaft, und erst durch seinen Sieg werden sie verwirklicht werden.

Dr. med. S. Drucker.

Unser internationaler Frauentag.

1. In Deutschland.

Den Bericht in letzter Nummer können wir heute noch etwas ergänzen; ein vollständiges Bild zu geben von der entfalteten umfangreichen Agitation für das Frauenwahlrecht, für den Sozialismus, das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Für Preußen sind aus der Provinz Pommern allein 31 Versammlungen zu buchen, von denen 17 auf Groß-Steckin entfielen, und die alle gute Besucherzahl und prächtigen Verlauf hatten. 25 erfolgreiche Veranstaltungen fanden im Bezirk Halle statt, die schöne Frauenversammlung in der Stadt Halle nahm eine Sympathieumgebung für Genossin Luxemburg an und protestierte scharf gegen das Frankfurter Urteil. Im Wahlkreis Bochum litten zwar die 14 Versammlungen etwas unter schauerlichem Sturm und Regen, doch waren sie trotzdem so gut besucht, daß sie in Verbindung mit Hausagitation der Partei eine gute Zahl neuer Mitglieder zuführten. Die Frauenversammlungen in Brandenburg a. S., Görlitz, München-Gladbach und Neuh waren zahlreich besucht und von begeisterter Stimmung besetzt. Im großen Gebiet um Frankfurt a. M. wurde eine kraftvolle, gut vorbereitete Frauentagsagitation geführt, die Versammlung in der Stadt selbst übertraf alle ihre Vorgängerinnen bei weitem an Zahl der Teilnehmerinnen und schwungvoller Stimmung.

Die 11 Frauenversammlungen im Herzogtum Sachsen-Altenburg waren stark besucht, in der Stadt Altenburg waren die fünf Versammlungssäle überfüllt. Glänzend verlief der Frauentag in Gera, von der eifrigen Arbeit der Genossinnen wohl vorbereitet, in Freiburg i. S. hatte unsere Veranstaltung einen bemerkenswerten Erfolg. Eine prächtige Versammlung leitete in Mannheim die Agitation unter den Frauen ein, in Karlsruhe fand außer der großen Demonstrationsversammlung, von der wir berichteten, im Laufe der roten Woche noch eine besondere Veranstaltung für die Frauen statt, die einen glänzenden Besuch aufwies. Gute Fortschritte unserer Bewegung bezeugten die Frauenversammlungen in Pforzheim und Freiburg. Eine imposante Kundgebung der Rechtsforderung und der Freiheitssehnsucht der proletarischen Frauen bedeutete die Versammlung in Bremen. Hier war der weite Saal des Casinos dicht gefüllt, und das Bewußtsein, einer großen Sache zu dienen, kam in einer begeisterten Stimmung zum Ausdruck. Nach der Versammlung marschierte ein großer Teil der Frauen und Männer geschlossen auf den Marktplatz, um von dort aus ihr Heim aufzusuchen. Das war nicht nach dem Geschmack der hohen Löblichen. Ein Polizeikommissar unterzog sich auf dem Marktplatz der überflüssigen Mühe, zum Weitermarschieren aufzufordern. Zum erstenmal demonstrierte das Polizeiautomobil vor, wie nötig und nützlich die hohen Kosten für seine Anschaffung gewesen. Es erschien dreimal auf der Bildfläche, Schutzleute herbeiführend, die leiten und herrschen sollten. Die Menge begrüßte die neue „Ordnungsinstitution“ mit schallender Heiterkeit. Nur am Doventor kam es zu einigen Verhaftungen. Daraufhin erfolgten aus der Menge erregte Zurufe, die Polizei ließ sich aber an den bereits geernteten Lorbeer genügen. In Braunschweig, das mit einem neufabrizierten Monarchen von Gottes Gnaden beglückt worden ist, aber eines leidlich anständigen Wahlrechts entbehrt, stand natürlich der Frauentag im Zeichen des Wahlrechtskampfes, den dort die Sozialdemokratie mit ungebrochener Energie aufgenommen hat. Die Hauptstadt des Herzogtums sah nach der glänzenden Versammlung demonstrierende Frauen in den Straßen. Die Polizei demonstrierte in ihrer Weise für das Frauenwahlrecht, den Gummihüpfel in der Faust, den Revolver bereit. Zu größeren Zusammenstößen ist es trotz dieser Herausforderung nicht gekommen.

Zum imposanten Verlauf des Frauentags in Düsseldorf, den wir bereits in letzter Nummer berichteten, hat auch die Polizei ihr Scherlein beigetragen. Ihre zärtliche Fürsorge für die Versammelten brachte die eindrucksvolle Straßendemonstration in Fluß, die bei dem starken Regen nicht in der Absicht der Genossinnen gelegen hatte. Ein starkes Polizeiaufgebot empfing die Versammlungsteilnehmerinnen, die vom Volkshaus kamen, es sperrete den Zugang zum Karlsplatz ab und drängte die Frauen in die Hafensstraße. Trotz des strömenden Regens schwoh der Zug immer mehr an und bewegte sich unter Hochrufen auf das Frauenwahlrecht durch mehrere Straßen, ein Duzend Behelme marschierte im Lauffschritt hinterdrein. Schließlich erreichten die Pflichterfüllten, „in Regen und Schweiß gebadet“, die Spitze des Zuges. Mit jener unübertrefflichen Klugheit, die nun einmal mit der Uniform Schutzleuten zuteil wird, erging nun das barsche Kommando: Zurück. Alles machte kehrt, die Demonstranten marschierten zum Karlsplatz zurück, an abgesperrten Straßen vorbei. Noch lange standen Trupps von Versammlungsbesucherinnen beieinander und warteten die weiteren Heldentaten der Ordnungstreuer ab. Nachdem aber die Polizei schließlich abzog, zerstreute sich auch die Menge. Einige Polizeibeamte haben ihres Amtes mit rücksichtsloser Brutalität gewaltet, doch vermochten sie auch dadurch nicht die Demonstrierenden einzuschüchtern.

Auch in Hanau haben Weisheit und Schneidigkeit der lieben Behörden eine Straßendemonstration zuwege gebracht. Es geschah im Zusammenhang mit der Ausweisung unserer Genossin Balabanoff, die wir bereits berichtet haben. In zwei Frauenversammlungen des Wahlkreises hatte Genossin Balabanoff bereits gesprochen. Da erhielt sie einige Stunden vor der Versammlung in Hanau den Mts des Landrats, daß sie als „lästige Ausländerin“ aus Preußen ausgewiesen sei. Eine „lästige Ausländerin“ die Frau, die seit langen Jahren mit verzehrendem Feuereifer für die Sache der Entertien wirkt, die sich in Italien ein so festes moralisches Bürgerrecht erworben hat, daß sie dem Parteivorstand der dortigen Sozialdemokratie angehört und deren Vertreterin im Internationalen Sozialistischen Bureau ist. Man ging weiter. Es wurde Genossin Balabanoff sogar unter Androhung sofortiger Verhaftung untersagt, die Wohnung des Genossen Schnabrich bis kurz vor Abgang des Zugs nach Mailand zu verlassen. Offenbar hielt man die preussische Ordnung

in Hanau für so schlecht gefügt, daß sie schon durch die bloße Anwesenheit der Genossin Balabanoff in der Versammlung über den Haufen purzeln mußte. Natürlich hatte die kluge Tat der Polizei die beste Wirkung auf Besuch und Stimmung der Versammlung. Trotz aller „Vorrichtungsregeln“ kam es außerdem in den Straßen und auf dem Bahnhof zu stürmischen Ovationen für die Ausgewiesene. In der Straße warteten dicht gedrängt viele Hunderte von Frauen und Männern auf den Augenblick, wo die „lästige Ausländerin“ das Haus verlassen würde, um zur Bahn zu fahren. Begeisterte Hochrufe begrüßten sie beim Erscheinen und auf dem Wege zur Station. Genossin Balabanoff dankte durch Hochrufe auf den internationalen Sozialismus und die rote Woche. Im Bahnhof das gleiche Schauspiel. Und hier hatte wieder einmal der höhere behördliche Verstand dafür gesorgt, daß unsere Genossen und Genossinnen auf Kosten ihrer Feinde herzlich lachen konnten. Man hatte verhüten wollen, daß die „auffällige“ Menge den Bahnsteig „überschwemme“. Polizei und Bahnhofsvorsteher hatten deshalb veranlaßt, daß der Automat für Bahnsteigkarten geschlossen worden war. Doch die „Proleten“ waren die Schlauereren. Vom Bahnhof Hanau-Ost fährt man für bare 5 Pf. deutscher Reichswährung nach Hanau-West. Mußte der Automat feiern, so gab es dafür am Billetttschalter um so mehr zu tun. Um den halben Preis konnten sich die Demonstranten den Zutritt zum Bahnsteig erkaufen. Mit einer breiten roten Schärpe winkte ihnen Genossin Balabanoff aus dem Coupéfenster Grüße zu, als der Zug sie davontrug. Durch die nächtlichen Straßen bewegte sich nun vom Bahnhof zum Gewerkschaftshaus ein statilicher Demonstrationzug, aus allen Stehlen erscholl die Wahlrechtsstrophe der Arbeitermarxisten. Die Behörden dürften vielleicht für die angewendete Liebesmühe eine Entschädigung haben. Genossin Balabanoff hat die Überzeugung mit fortgenommen, daß die Umgangformen der Hanauer Polizei sich mit denen ihrer russischen Kollegenschaft messen können.

2. In Ungarn.

Der 8. März ist von geschichtlicher Bedeutung für den Freiheitskampf der ungarischen Proletarierinnen geworden. Zum ersten Male haben die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, befeelt von leidenschaftlicher Begeisterung, für ihr volles Bürgerrecht, für ihre Befreiung durch den Sozialismus demonstriert. In 31 Städten und Ortschaften wurden Versammlungen, Konferenzen, Kundgebungen abgehalten. Damit haben sich auch die ungarischen Frauen des werktätigen Volkes dem großen Kampfesheer ihrer Schwestern in anderen Ländern würdig eingereiht. Das Frauentagsblatt der ungarischen Genossinnen wurde in 10000 Exemplaren verbreitet. Die imposanteste Veranstaltung fand in Budapest statt. Hier konnte der große Saal des Bauarbeiterheims die herbeigeströmte Menge nicht fassen, auch die Nebenräumlichkeiten waren reich überfüllt, und Hunderte mußten in die Straße zurück. Die Frauen waren in der Mehrzahl, doch hatten es auch viele Männer als ihre Pflicht erachtet, an der Demonstration teilzunehmen. Es spricht dies dafür, daß immer mehr die Wichtigkeit der proletarischen Frauenbewegung erkannt wird. Hervorgehoben sei noch, daß die Genossinnen meist nicht allein gekommen waren, sondern ihre weiblichen Familienmitglieder der Versammlung zugeführt hatten. Diese war von hellem Enthusiasmus getragen und schloß mit stürmischen Ovationen.

3. In Schweden.

In Stockholm wurde der internationale Frauentag durch eine sehr wirkungsvolle große Volksversammlung begangen. Die bedeutsamen politischen Ereignisse der letzten Zeit, insbesondere der Verfassungskampf prägten ihren Charakter. Die versammelten Frauen und Männer entboten ihren „warmen und mitsühlenden Gruß“ der Genossin Luxemburg. Ihre Sympathieumgebung für diese endet mit den Worten: „Hoch die Redefreiheit! Hoch der Sozialismus!“

4. In Rußland.

Aus Petersburg wird uns geschrieben: Wie in anderen kapitalistischen Ländern, so wächst auch in Rußland mit jedem Jahre die Frauenarbeit auf allen Gebieten der Industrie. In den Textilfabriken des großen Moskauer Bezirkes zum Beispiel machten 1911 die dort beschäftigten Frauen, die der Gewerbeinspektion unterstehen, 40 Prozent der gesamten Arbeiterschaft aus, jetzt beträgt ihr Anteil daran schon gegen 55 Prozent. Dabei halte man fest, daß die Zahl der des Lesens und Schreibens kundigen Arbeiterinnen noch sehr klein ist. Es liegt auf der Hand, von welcher großen Bedeutung es für die russische Arbeiterbewegung ist, daß breite Massen der rückständigsten Elemente in die Industrie gezogen werden.

Die russische Arbeiterin beginnt jedoch allmählich zu erwachen. Einen starken Anstoß dazu hat das Versicherungs Gesetz vom Jahre 1912 gegeben. Es führte die obligatorische Krankenversicherung ein,

und bei den Wahlen der Bevollmächtigten und Vorstandsmitglieder der Krankenkassen hat es den Frauen mit den Männern vollständig gleiches Recht verliehen. Daß die Väter des Versicherungsgesetzes als eifrige Anhänger der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts gehandelt hätten, kann nicht angenommen werden. Die meisten von ihnen gaben den Frauen Rechte, weil sie auf ihre Unaufgeklärtheit und Rückständigkeit spekulierten. Sie wurden von der gleichen Erwartung geleitet, die Bismarck zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts veranlaßt hat. Jedoch die Geschichte gibt stets ein und dieselbe Antwort auf die großen und kleinen Reformen, die aus ähnlichen Rechnungen hervorgegangen sind: ein zeitweiliger Erfolg für die Ausbeutenden und Herrschenden, das Endergebnis aber — Wasser auf die Mühle der Arbeiterbewegung. Daß den Frauen das Wahlrecht zu den Krankenkassen zusteht, hat vielleicht hier und da die Wahlkampagne etwas erschwert und dadurch geschwächt, die Wahlergebnisse verschlechtert. Im großen und ganzen hat aber dieser Umstand der Arbeiterfrage einen nicht geringen Dienst erwiesen. Die Arbeiterinnen wurden durch die Wahlkampagne, ob sie es wollten oder nicht, in den Kampf des Proletariats für seine Rechte gerissen. Die Arbeiter mußten ihrerseits die Notwendigkeit erkennen, der Agitation unter den Frauen ein größeres Gewicht beizulegen, auf die Organisation der Arbeiterinnen bedacht zu sein. Die Gewerkschaften sind in dieser Beziehung schon energisch ans Werk gegangen. Die größte gewerkschaftliche Arbeiterorganisation in Rußland, der Petersburger Metallarbeiterverband, hat auf einer Generalversammlung mit großer Mehrheit beschlossen, die Beiträge für diejenigen Mitglieder herabzusetzen, die weniger als 30 Rubel monatlich verdienen. Diesem Beschluß liegt die Absicht zugrunde, den Frauen den Eintritt in den Verband zu erleichtern.

Die in Fluß gekommene Bewegung unter den Arbeiterinnen ließ ein eigenes Blatt für die weiblichen Organisierten als dringend notwendig erscheinen. Ungeachtet aller Schwierigkeiten konnte dank der tatkraftigen Unterstützung durch die sechs Arbeitervertreter in der Duma die Gründung dieses Organs in die Wege geleitet werden. Kein Groschen war vorhanden, doch die Arbeiter und Arbeiterinnen sammelten pfennigweise die Summen, die für das Erscheinen der ersten und zweiten Nummer der „Rabotniza“, das heißt „Arbeiterin“ erforderlich waren. Sie werden mit ihrer Opferwilligkeit das Blatt auch weiterhin erhalten, wie sie mit ihr schon die Existenz zweier Blätter gesichert haben: „Weg der Wahrheit“ („Put Prawdy“) und „Versicherungsträger“ („Woprossy Strachowanija“), ebenso das Erscheinen der Gewerkschaftsorgane. Die erste Nummer der „Arbeiterin“ sollte am 8. März erscheinen, am Frauentag. Ehe sie aber herauskam, verhaftete die Polizei alle Mitglieder der Redaktion wie eine Reihe Mitarbeiterinnen. Die Nummer erschien jedoch trotz alledem, wenn auch nicht so, wie es beabsichtigt war. Das Blatt wird alle zwei Wochen herauskommen.

Die Zeitung der Petersburger Arbeiter, „Weg der Wahrheit“, hat lange vor dem Frauentag eine weitreichende Agitation für die Veranstaltung geführt. Sie legte deren Bedeutung für das gesamte Proletariat dar und wies darauf hin, daß dieser Frauentag eine Demonstration der Solidarität aller Glieder der Arbeiterklasse ohne Unterschied des Geschlechts sein müsse, daß die Lösung des Frauenwahlrechts in ihrem Zusammenhang mit dem Kampfe der Arbeiterklasse zu erfassen sei. Der „Weg der Wahrheit“ bekämpfte die Ansicht der „Nord-Arbeiterzeitung“ („Sewernaja Rabotschaja Gazeta“), daß die Kundgebung nur besonderen Teilforderungen der Frauen dienen solle, wie Mutterschutz, Kampf gegen die Teuerung, Frauenwahlrecht usw.

Die Gewerkschaften trafen Vorbereitungen, damit der Frauentag zu einer imposanten Demonstration werden solle. Die Regierung bekam es mit der Angst. Vor dem Frauentag erfolgten in Petersburg zahlreiche Verhaftungen von Arbeiterinnen und Intellektuellen, ebenso auch viele Verhaftungen von Gewerkschaftlern. Alle festgesetzten Versammlungen wurden mit einer einzigen Ausnahme verboten. Am Sonntagabend fanden nun abends in allen Fabriken und Werkstätten Petersburgs Zusammenkünfte der Arbeiterklasse statt. Überall lehnten die Arbeiterinnen es ab, die angeordnete Sonntagsarbeit zu leisten. Am Sonntag strömten die Arbeiter und Arbeiterinnen von allen Seiten nach den Sälen, wo die Versammlungen hätten stattfinden sollen, und erörterten die Gründe des Versammlungsverbotes. In den Arbeitervierteln fanden Meetings statt. Am Abend wurde die einzige erlaubte Versammlung abgehalten. Der Saal hatte nur für 700 Personen Raum, der Andrang war aber so gewaltig, daß auf der Straße einige tausend Arbeiterinnen und Arbeiter standen. Als die Versammlung zu Ende war, setzte sich die Menge in Bewegung, revolutionäre Lieder singend, bald flatterte die rote Fahne über dem Zuge, und die Polizei trat mit ihren Peitschen in Aktion. Es fanden außerdem sehr viele Versammlungen

von Gewerkschaftsorganisationen und Bildungsvereinen statt, von denen der Frauentag begangen wurde. Arbeiterinnen hielten hier Reden, und entsprechende Resolutionen wurden angenommen.

Auch in Moskau gab es dieses Jahr einen Frauentag. Schon in aller Frühe wurden die Zeitungskioske von Arbeiterinnen geradezu gestürmt, die Arbeiterzeitungen und die „Arbeiterin“ verlangten. In den Straßen wurden einige „fliegende“ Meetings veranstaltet, die die Polizei auseinanderjagte. Das größte Meeting war das der Weberinnen; es nahm eine Protestresolution gegen das Verbot der Feier des Frauentags an und beschloß, Begrüßungen abzusenden an die internationale Sekretärin der sozialistischen Frauen, Klara Zetkin, an die „Arbeiterin“, die Petersburger Arbeiterinnen und Gewerkschaften. Von einer besonderen Versammlung weiblicher Hausangestellten wurde beschlossen, den in der Revolutionszeit geschaffenen Verband wieder ins Leben zu rufen. So haben die Petersburger und Moskauer Arbeiterinnen und Arbeiter heuer den Frauentag begangen. Die Polizei hatte dafür gesorgt, daß die Kundgebung einen revolutionären Charakter trug. K.

Der Frauentag wurde auch in der Provinz begangen. So in Riga, Minsk, Dwinsk, Kostow, Jelaterinostaw, Samara, ja sogar in der fernen sibirischen Stadt Irkutsk. In Riga ließ die lettisch-litauische Sozialdemokratie zur Feier des Tages zwei Sondernummern ihres Organs erscheinen. Minsk und Dwinsk haben fast ausschließlich jüdische Bevölkerung, so daß Sonntagsarbeit besteht. Hier streiften die Schneiderinnen und Fußmacherinnen, um dem Frauentag erhöhte Bedeutung zu geben.

Aus der Bewegung.

132000 neue Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und 79000 neue Abonnenten der sozialdemokratischen Presse, das ist das Ergebnis der Werbearbeit, die mit dem Frauentag einsetzte und die sich anschließende Woche zur „roten Woche“ machte. Dieses stolze Ergebnis ist die Frucht hingebungsvoller Tätigkeit opferfreudiger Genossen und Genossinnen, nicht zum mindesten auch der Tausende Ungenannter und Unbekannter, die freudig ihre Pflicht getan haben. Daß die Frucht so reichlich ausfiel, dazu haben die in letzter Zeit besonders heißen Anstrengungen der Justiz und Polizei beigetragen, im Kampfe wider die Arbeiterklasse Recht und Gesetz zu entwerten. Der Prozeß der Genossin Luxemburg hat Tausenden die Augen geöffnet. „Ein glänzendes Zeugnis der organisatorischen Kraft der Sozialdemokratie“ wird der Erfolg mit Recht genannt. Zum vollen „Triumph des sozialistischen Gedankens in der Arbeiterklasse“ kann er erst werden durch zielbewußte Schulung der Neugeworbenen und vor allem durch eine großzügige sozialdemokratische Politik. Macht verpflichtet.

Der 60. Geburtstag einer wackeren Kämpferin. Am 28. März hat Genossin Emma Tölle in Friedenau-Berlin ihren 60. Geburtstag gefeiert. Seit langen Jahren steht diese Klassenbewußte, aufrechte Proletarierin in den ersten Reihen derer, die für die Befreiung der Ausgebeuteten kämpfen. Als in den neunziger Jahren die Konfektionsarbeiterinnen Berlins aus ihrem Glend wachgerüttelt wurden, war unsere Genossin als Mitglied des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen aufs eifrigste bemüht, durch Aufklärung und Organisation die Lage ihrer Berufsgenossinnen zu heben. Ebenso hat sie jederzeit ihre ganze Kraft daran gesetzt, die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen zum politischen Kampfe für ihr Recht und ihre ganze Freiheit zu sammeln. Mächtig, voller Energie und Begeisterung steht sie noch heute an der Spitze der proletarischen Frauenbewegung in Friedenau, ein Vorbild für alle, die mit uns für die schöne sozialistische Zukunft arbeiten und ringen. Möge Genossin Tölle in dieser Frische und Kraft noch lange Jahre wirken. E. B.

Genossin Selinger als Freiwilerin wider die Ehre der deutschen Offiziere verurteilt, das ist ein neues Anzeichen für den Kurs, den unsere Justiz, zu deutsch Rechtspflege, steuert. Im November vorigen Jahres soll unsere Genossin in zwei Frauenversammlungen zu Dresden die so empfindliche besondere Ehre des betretenen Bodens angetastet haben. Sie hatte dort die Gründe erörtert, die die Besitzenden und Herrschenden für den Militarismus begeistern. Unter anderem hatte sie darauf hingewiesen, daß in den höheren Schichten manche Eltern im Offizierkorps einen Unterschlupf für Söhne fanden, die zu dumm und faul für einen anderen Beruf seien. Dadurch sollte Genossin Selinger nach der Meinung des preussischen und des sächsischen Kriegsministers die Offiziere dieser Vaterländer in corpore beleidigt haben. Die Mi-

nister stellten Strafantrag. Die Sache wurde vor dem Schöffengericht Dresden verhandelt. Die Anklage stützte sich auf das Zeugnis zweier Gendarmen von der politischen Abteilung. Diese Gesetzeswächter mußten jedoch zugeben, daß ihr Stenogramm nur einzelne Sätze vollständig wiedergab und daß auch in diesen Sätzen Worte ausgelassen worden waren, die sie erst später eingefügt hatten. Trotzdem hielt das Gericht das Stenogramm für beweiskräftig. Der Amtsanwalt behauptete, nur eine erhebliche Gefängnisstrafe könne den Frevel sühnen. Die Äußerungen gegen das Offizierkorps seien sehr gefährlich, namentlich weil sie in einer sehr ernst politischen Lage getan wurden. Der Verteidiger, Genosse Rosenfeld in Berlin, forderte Freisprechung, da kein ausreichender Beweis für die Schuld der Angeklagten vorliege. Das Urteil lautete auf 200 Mk. Geldstrafe, eventuell 20 Tage Haft. Es anerkannte, daß unsere Genossin nicht aus ehrloser Gesinnung gehandelt habe, und sah daher die Haft nur als Eventualstrafe vor. Nun wissen wir es: das Offizierkorps umfaßt die geistige und sittliche Blüte der Nation. Wer's nicht glaubt, muß bleichen oder brummen. Wähnt man wirklich, unser Kampf gegen den Militarismus könne durch die Steinchen gerichtlicher Urteile aufgehoben werden?

Von der Agitation. Eine recht erfolgreiche Agitation zur Aufklärung und Organisierung der Proletarierinnen fand gelegentlich des Frauentags im Wahlkreis Eisenach-Drumbach statt. In gut besuchten öffentlichen Versammlungen zu Mittelsthal, Eisenach, Farnroda und Ruhla sprach Genossin Ott-Franfurt a. M. unter lebhaftem Beifall und oft von zustimmenden Zurufen unterbrochen. In packender Weise, gestützt auf Beispiele aus dem Leben, zeigte sie, daß die Herrschaft des ausbreitenden Geldsacks der werktätigen Bevölkerung immer drückendere Lasten auferlegt, gleichzeitig aber darauf abzielt, die Rechte zu beschneiden und kurz zu halten, mit denen die Geplünderten und Getretenen sich wehren könnten. Eindringlich schilderte sie, daß die Frau des arbeitenden Volkes an diesem Los teilnimmt. Als Arbeiterin, als Hausfrau, als Gattin und Mutter leidet sie unter den Zuständen, die durch die Mammonsgewalt geschaffen werden. Sie hilft durch ihre Arbeit alles schaffen, was für den Unterhalt und Bestand der Gesellschaft nötig ist. Der Staat verwendet sie in steigendem Maße als billiges Ausbeutungsobjekt im Post-, Telegraphen- und Eisenbahndienst. Als Steuerzahlerin knüpft er ihr von den sauer erworbenen Groschen ab. Trotz alledem ist die Frau politisch rechtlos und soll es nach der Meinung der bürgerlichen Parteien bleiben. Daß dies anders werden muß, wies Genossin Ott einleuchtend nach. Ihre Ausführungen machten jeder anwesenden Frau klar, daß sie das Wahlrecht fordern muß, um als Wählerin Einfluß auszuüben auf die Gesetze zum Schutze der Arbeiterschaft, auf den Ausbau des Schulwesens, die Fürsorge für Schwangere, Wöchnerinnen, Säuglinge, Witwen, für Kranke, verunglückte und alte Proletarier. Tatsachen bestätigten, daß die Sozialdemokratie in Deutschland die einzige große Partei ist, die nachdrücklich dafür kämpft, daß Frauen und Männer gleiches und ganzes Recht im öffentlichen Leben erhalten, daß aber auch all die anderen großen Verbesserungen der Zustände Platz greifen, die die Arbeits- und Sorgenbürde des werktätigen Weibes erleichtern. Schließlich zeigte die Referentin, daß nur der Sozialismus der Ausbeutung und Knechtung des Menschen durch den Menschen ein Ende bereiten kann. Die Mahnung blieb nicht vergeblich, daß auch die Frauen sich der sozialdemokratischen Partei anschließen, daß sie sich durch deren Presse aufklären müssen. In allen Orten wurden Mitglieder und Lesere gewonnen. Die prächtige Stimmung der versammelten Frauen und Männer läßt hoffen, daß alle die Pflicht erkannt haben, nun mit Eifer weiterzuarbeiten, um die sozialistischen Ideen zu verbreiten. Tüter des Wortes zu sein und nicht Hörer allein, darauf kommt es an. J. R.

Eine Frauenkonferenz in der Lausitz hat am 8. Februar in Kottbus getagt. Sie vereinigte die für die Partei organisatorisch tätigen Genossinnen der Wahlkreise Kalau-Ludau, Sorau-Forst, Guben-Lübben, Schwiebus, Zülchau-Krossen und Kottbus-Spremberg und war vom Zentralvorstand der sozialdemokratischen Wahlvereine der Provinz Brandenburg einberufen worden. An der Tagung nahmen 37 Genossinnen teil, außerdem je ein Vorstandsmitglied der Ortsvereine und die Vorsitzenden der Kreiswahlvereine. Vom Zentralvorstand der Provinzorganisation waren vier Genossen anwesend, die Verhandlungen leitete Genosse Schmidt-Berlin. Genossin Ziegler referierte über die Frage: „Wie gewinnen und schulen wir die Frau für den politischen Kampf?“ In feindsamer Art begründete Genossin Ziegler eine Reihe praktischer Vorschläge und übte dabei einige Kritik an der gegenwärtigen Agitations- und Schulungsmethode. Sie legte die Ver-

hältnisse dar, die uns im Hinblick auf die Frauen des werktätigen Volkes und den Befreiungskampf der Arbeiterklasse veranlassen müssen, alle Kräfte anzuspannen, um die Zahl der politisch regensamen Frauen zu vergrößern und unsere Genossinnen immer tüchtiger zu machen. In kleineren Orten mit schwächerer Bewegung geschieht die Propaganda am besten in Volksversammlungen, in größeren Orten aber, in denen wir einen Stamm Genossinnen haben, müssen Frauenversammlungen mit guten Referentinnen abgehalten werden, und das möglichst im schönsten und größten Lokal. Eine Frauenversammlung müsse von der Organisationsleitung ebenso sorgfältig durch Inserate, Handzettel usw. vorbereitet werden wie eine Volksversammlung. Durch augenfällige Inserate und ein Thema, das die Frauen packt, sei das Interesse an der Versammlung zu wecken. Um Begeisterung zu entfachen, sollte der Massengesang eines Liedes in keiner Versammlung fehlen. In einer Pause nach dem Referat müsse an jedem Tisch eine Genossin für den Beitritt zur Organisation werden. Genossin Ziegler machte ferner beherzigenswerte Ausführungen über die Hausagitation und die mindestens einmal im Monat abzuhaltenden Schulungs- oder Leseabende. Bei der Hausagitation müsse jede Agitatorin Flugblätter oder kleinere Broschüren zur Hand haben. Bei den Schulungs- oder Leseabenden sei festzuhalten, daß ihr Zweck nicht sei, Rednerinnen heranzubilden, sondern die Frauen in die Lehren des Sozialismus einzuführen. Genossin Ziegler betonte noch, daß in den Vorstand des Ortsvereins die befähigste Genossin gewählt werden solle. Die Genossinnen hätten sich bei allen Arbeiten (Flugblattverbreitung, Hausagitation, Wahlen) zu betätigen, auch die Hauskassierung sollten sie sich angelegen sein lassen.

Reicher Beifall lohnte die Ausführungen der Genossin Ziegler. An der Diskussion beteiligten sich einige Genossen sowie die Genossinnen Brendel-Guben, Mill-Kottbus, Pechke-Kottbus, Wünsche-Spremberg, Moog-Forst. Die Rednerinnen stimmten den Anregungen des Vortrags zu. Es kam die Meinung zum Ausdruck, daß unsere Frauenbewegung viel rascher vorwärtsschreiten könnte, wenn die Genossen sich die Aufklärung ihrer Frauen und Töchter mehr am Herzen liegen lassen würden. Leider gäbe es noch organisierte Proletarier, die verabsäumten, ihre Familienangehörigen dem Sozialismus, der Partei zuzuführen. Unsere Ferienausflüge für Kinder wurden als ein gutes Mittel erachtet, um die Sympathien der Arbeiterfrauen zu erwerben. Scharfe Verurteilung fand es, daß viele Arbeiter ihre erwachsenen Söhne und Töchter nicht von den Veranstaltungen der bürgerlichen Vereine fernzuhalten suchen.

Über „Frauentag und rote Woche“ referierte Genosse Schmidt-Berlin. Er hob hervor, daß möglichst in der ganzen Woche vom 8. bis 15. März Frauenversammlungen abgehalten seien. Eingehend verbreitete er sich über den wichtigen Zweck der Veranstaltungen und rief die Genossinnen zu eifriger Mitarbeit auf. Mit dem Gehör der Arbeitermarzillaise fand die äußerst anregend verlaufene Tagung ihren Abschluß. r. u.

Politische Rundschau.

Über den Köpfen der Volksmasse tobte in den letzten Wochen eine deutsch-russische Kriegshege. Sie wurde in Deutschland angefacht und unterhalten von der gesamten bürgerlichen Presse, von der konservativen „Kreuzzeitung“ an bis zu dem freisinnigen „Berliner Tageblatt“. Die russische Kriegsmacht soll mit französischem Gelde verstärkt und schlagfertiger gemacht werden. Dadurch würde die Vermehrung des deutschen Heeres weitgemacht, die die große Wehrvorlage des letzten Jahres gebracht hat. Die russischen Rüstungen werden aber ungeheuer übertrieben. Es soll eben gegen Rußland eine kriegerische Stimmung im deutschen Volke geschaffen werden. Denn auf Rußland als zähen Gegner stößt der deutsche Imperialismus in der Türkei, Rußland sucht dem deutschen Kapital Persien wie auch die Mongolei zu verschließen. Geschürt wird die Hege von Wien aus. Rußland muß erst mattgesetzt werden, wenn Österreich seine geschwächte Stellung auf dem Balkan wieder verbessern will. Resonanz verleiht den gegenseitigen Drohungen auch die bevorstehende Erneuerung des deutsch-russischen Handelsvertrags, bei der beide Parteien natürlich auch politisch möglichst stark erscheinen möchten. Endlich schafft die Kriegshege die Atmosphäre, in der die Regierungen weitere Verstärkungen der Heeresmacht vornehmen können. In Deutschland ging eine Meldung durch die Presse, daß auch hier wieder eine neue Militärvorlage bevorstehe, die nicht weniger als eine halbe Milliarde Mark für Neubewaffnung der Artillerie und Vermehrung der Kavallerie beanspruche. Die Re-

gierung hat diese Meldung in einer Form abgeleugnet, die eher eine Bestätigung ist. Sie hat ferner der zarischen Regierung offiziös ihren Willen zum Frieden versichert. Aber auf derartige Erklärungen ist nicht das mindeste zu geben, denn sie gehören einfach zur diplomatischen Etikette. Die Arbeiterklasse darf sich durch die Winkelzüge und offiziellen Lügen der Diplomatie die einfache Tatsache nicht verdunkeln lassen, daß die einzige Macht, die heute die Kriegsgelüste der herrschenden Klassen zu dämpfen und zuletzt zu bändigen vermag, der revolutionäre Wille und die fühne Tatkraft des Proletariats ist.

Mit seinem Löwengebrüll wider das russische Säbelgeräffel entschädigt sich das deutsche Bürgertum auf billige, aber immerhin gefährliche Weise für seine erbärmliche Feigheit und Knechtseligkeit gegenüber dem heimischen Militarismus. Diese Knechtseligkeit zeigte sich wieder einmal im glänzendsten Lichte bei der jüngsten Duelldebatte im Reichstag. Ein Reker Offizier hatte die Frau eines „Kameraden“ verführt und dann diesen im Zweikampf über den Haufen geschossen. Die Debatte des Reichstags, die an diesen Fall anknüpfte, offenbarte nicht nur die völlige Schmach, sondern auch die Unlust der bürgerlichen Parteien, der feudal-militärischen Kaufmoral ernsthaft zu Leibe zu rücken. Wie kann das anders sein, wenn die Bourgeoisie, wie ein national-liberaler Redner das bekundete, selbst bis in die Fingerspitzen durchseucht ist von den Moralanschauungen der adeligen Kaufbolde?

Die militärische Kaste durchstößt denn auch rücksichtslos die Papierkulissen der Verfassung, vor denen das Bürgertum formidienhafte Scheintämpfe auführt. Das Budgetrecht des Reichstags galt immer als heiligstes Palladium der bürgerlichen Freiheit. Der Militarismus kümmert sich den Teufel darum, wenn es ihm nicht in den Kram paßt. So hat der Reichstag verschiedene Male die Forderung abgelehnt, eine pompöse 16zimmerige Villa in der teuersten Gegend Berlins für den Chef des Militärkabinetts anzuschaffen. Das Kriegsministerium hat die Villa einfach gekauft, und der Reichstag muß die Sache schluden.

Wie die Kosten der letzten Wehrevorlage, die dem Namen nach die Weisenden aufrufen sollen, tatsächlich auf die Besitzlosen abgewälzt werden, dafür sind in der letzten Zeit eine Reihe Beispiele erbracht worden. Ein klassisches Beweisstück ist ein Schreiben der Dortmunder Grunderwerbsgesellschaft an ihre Mieter. Darin wird als Ersatz für den Wehrbeitrag und andere direkte Steuern eine monatliche Extragebühr von 1,50 Mk. von jedem Mieter verlangt. Und die anderen Hausbesitzer von Dortmund fordern den zehnfachen Betrag von ihren Mietern, wie in dem Schreiben behauptet wird.

Keine Woche, ja kaum ein Tag vergeht, ohne daß ein Opfer des Militarismus fällt. Der Bergmann Gerhard Nitz vom 8. badischen Infanterieregiment Nr. 109 in Lohe beging Selbstmord. Was ihn in den Tod getrieben hat, ist deutlich ausgesprochen in einem Briefe, den er kurz zuvor an seine Schwester schrieb, und in dem es heißt: „Hier geht es ganz verrückt zu. . . Vor ein paar Tagen habe ich mich tatsächlich mit Selbstmordgedanken getragen.“ Schweren Mißhandlungen suchte der Kanonier Kurich von der 6. Batterie des Artillerieregiments Nr. 6 in Reife durch Selbstmord zu entkommen. Er schnitt sich die Pulsadern mit dem Protomeßer auf. Wider seinen Willen gerettet, benutzte er den Weihnachtserurlaub zur Desertion ins Ausland. Diejenigen, die den Unglücklichen zur Verzweiflung getrieben hatten, ein Obergefreiter und ein Unteroffizier, kamen mit leichten Gefängnis- und Arreststrafen davon. Wegen Mißhandlung seines Vorgesetzten wurde ein Major des Artillerieregiments Nr. 48 zu einer überaus milden Strafe „verurteilt“. Eine schwerere Strafe erhielt der Unteroffizier Bösel von der 6. Kompanie des 50. Infanterieregiments. Er mißhandelte Rekruten planmäßig mit der Klopfspeische und schleuderte ihnen den Inhold von Spucknapfen ins Gesicht. Und dann erprechte er noch von einem der Mißhandelten 3 Mk. Er wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt und degradiert. Das barbarische Zwangssystem des Militarismus wird aber trotz aller seiner Scheußlichkeiten von den besitzenden Klassen mit Rägeln und Zähnen verteidigt. Der strenge Arrest ist eines der niederträchtigsten Folterwerkzeuge in der Hand der Soldatenerzieher. Bei Verhandlungen darüber im Reichstag war es allein die Sozialdemokratie, die für seine Abschaffung eintrat. Aber ihre anklagende Stimme verhallt vor dem nur allzu klaren Bewußtsein des Bürgertums, daß nur noch die militärische Gewalt die kapitalistische Herrschaft aufrechterhalten kann, und daß allein der Schrecken noch in stande ist, diese militärische Gewalt künstlich zusammenzuhalten.

Den Schichten des liberalen Bürgertums, die unmittelbar im kapitalistischen Erwerbsleben stehen, beginnt schon das kümmer-

liche Zerrbild einer demokratischen Einrichtung lästig zu werden, das der Reichstag vorstellt. Auf dem Deutschen Handeltags in Berlin konnte ein Redner unter stürmischem Beifall der ganzen Versammlung dem Reichstag den Fehdehandschuh hinwerfen. Das heißt aber nichts anderes, als das Reichstagswahlrecht abschwören. Und die da jubelnd zustimmten, bilden den Kern der liberalen Parteien, der Nationalliberalen und des Freisinn! Der Zug im Bürgertum zur Reaktion, und zwar zur radikalsten und gewalttätigsten Reaktion, trat auch bei der Nachwahl im sächsischen Reichstagswahlkreis Vorna-Pegau offen zutage. Dem freikonservativen Reichsverbandshauptling General v. Liebert, berüchtigt durch höchst zweifelhafte koloniale Gründergeschäfte, liefen an die tausend Wähler aus dem national-liberalen Lager zu. Der sozialdemokratische Kandidat gewann 500 Stimmen. Zwischen ihm und dem Reichsverbändler hat Stichwahl stattgefunden. Der General war in seinem Wahlfeldzug offen gegen das bestehende Reichstagswahlrecht losgegangen und hatte Ausnahmegeetze gegen die Gewerkschaften und Erhöhung der Lebensmittelzölle verlangt. Die Nationalliberalen haben just deshalb Stichwahlparole für ihn ausgegeben.

Die Verhandlung des Reichstags über den Kolonialetat wurde von der sozialdemokratischen Fraktion zu einer ebenso sachkundigen wie energischen Kritik der deutschen Kolonialpolitik benutzt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten waren die einzigen ernsthaften Verteidiger der mißhandelten, schonungslos ausgebeuteten Eingeborenenbevölkerung. Aber ihre Anklagen fanden bei den interessierten Verfechtern der kolonialen Ausbeutung taube Ohren. Die eingeborene Bevölkerung der Kolonien schmilzt unter den Strahlen der „Zivilisation“ zusammen wie Schnee vor der Sonne. Das Kapital, das ohne die Arme der schanzenden Eingeborenen in den Kolonien verloren ist, verzehrt die eingeborene Arbeitskraft in seiner blinden Raffgier, ohne an das Morgen zu denken. Die Zustände in den deutschen Kolonien werden durch die Zahl von 82 Hinrichtungen in einem Jahre ebenso gekennzeichnet wie durch die unerhörten Gewalttaten der Kolonialverwaltung von Kamerun gegen den tapferen Führer der Qualla, der seine Stammesgenossen gegen den drohenden rechtsidrigen Raub ihres Landes verteidigte. Rudolf Vell wurde an einer Reise nach Deutschland zur Vertretung der Rechte seiner Landsleute dadurch verhindert, daß ihm die Auswanderungserlaubnis verweigert wurde auf Grund eines Reskripts, das der Anwerbung von Kamerunnegern zu Schaustellungen für europäische Panoptikums und Ausstellungen wehren will! Der Mann wollte vor den Reichstag! Ein dringendes Telegramm an diesen, das gegen widerrechtlichen Landraub protestierte, wurde fünf Tage zurückgehalten — bis die Information für den Reichstag zu spät kam. Vells Sekretär, dem es gelang, zu entfliehen, wurde bei seiner Landung in Deutschland auf telegraphische Anordnung aus Afrika sofort verhaftet. Die kolonialen Herrenmenschen pfeifen überhaupt auf den Reichstag. Dieser hatte sich wiederholt gegen die Verhinderung gesellschaftlicher Ehen zwischen Weissen und Eingeborenen auf Samoa ausgesprochen. Die Kolonialverwaltung aber lehrt sich nicht daran. Für Deutschostafrika und Deutschsüdwestafrika wurden zwei neue große Eisenbahnlinien bewilligt. Ihr Zweck ist, neue Arbeitskraft unter die Botmäßigkeit der weissen Herren zu bringen. Abgelehnt wurden die Gewerkschaften, die die Sozialdemokratie zum Schutze der Arbeiter beim Bahnbau verlangte.

Die Frau des französischen Finanzministers Caillaux hat den Redakteur des „Figaro“ erschossen, um sich gegen dessen unaufrichtigen und zum Teil schmutzigen Angriffe auf ihren Mann zu wehren. Die Schüsse ihres Revolvers haben eine Schlammlawine ins Rollen gebracht, die sich gleichmäßig über alle bürgerlichen Parteien ergießt. Die Größen der sogenannten radikalen Partei wie die der reaktionären Parteien bedecken gegenseitig ihre völlige politische und moralische Verderbnis auf. Nur die Sozialdemokratie steht in diesem Zusammenbruch intakt da.

Die neue Ara der Aufrüstung, die mit dem Balkankrieg und der letzten deutschen Militärvorlage begann, geht folgerichtig ihren Weg durch alle großen und auch die kleinen europäischen Staaten. Osterreich-Ungarn vermehrt die Friedensstärke seiner Armee. Die Regierung hat, um die neuen Rüstungen ungehemmt durch die Volksvertretungen vornehmen zu können, die nationalen Konflikte zwischen den bürgerlichen Parteien Böhmens bennzt, um den Reichsrat nach Hause zu schicken und die betreffenden Vorlagen auf absolutistischem Wege zu oktroyieren. In Rußland verhandelt die Minister mit einer gesiebten Auswahl von Dummamitgliedern über neue Militärvorlagen, die die Friedensstärke des Heeres angeblich um 400000 Mann erhöhen sollen. Die englische Regierung brachte dieses Jahr einen Flottenetat von über einer Milliarde Mark ein.

Die Arbeiterorganisationen Englands berufen auf den 7. April einen allgemeinen Arbeitertag ein, um eine einheitliche und wirksame Aktion gegen die Ausweisung der Arbeiterführer aus Südafrika zu entfalten. Eine nicht mißzuverstehende Antwort auf ihre Gewalttaten hat die Regierung von Südafrika im Lande selbst bei den Wahlen zum Provinzialrat von Transvaal erhalten. Die Arbeiterpartei siegte auf der ganzen Linie. Von 36 Sitzen des Provinzialrats eroberte sie 23, also die Mehrheit. Grundbedingung aber für dauernde Erfolge der südafrikanischen weißen Arbeiter ist ihre Vereinigung mit den farbigen. Dann wird es nicht mehr gelingen, sie durch einen militärischen Handstreich niederzuwerfen.

A. Th.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Reinen es die bürgerlichen Gewerkschaften ernst mit der Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder? Eine wichtige Probe aufs Exempel macht zurzeit der Zentralverband der Handlungsgehilfen. Der Kampf um die allgemeine Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ist wieder entbrannt, und er ist nicht nur für die Handelsangestellten, sondern auch für die Gesamtbevölkerung bedeutungsvoll. Im Reichstag hat die sozialdemokratische Fraktion die Forderung erhoben, durch die Gesetzgebung eine bessere Sonntagsruhe herbeizuführen. Die Kommission, die zur Beratung dieser Frage eingesetzt ist, hat beschlossen, daß für Städte mit mehr als 75 000 Einwohnern die vollständige Sonntagsruhe gelten soll. In Orten mit unter 75 000 Einwohnern dagegen will sie das Offenhalten der Verkaufsstellen an Sonntagen grundsätzlich zwei Stunden gestatten, in noch kleineren Orten sogar drei Stunden. Die Sozialdemokratie hatte beantragt, höchstens für den Verkauf einiger wichtiger Lebensmittel eine zweistündige Verkaufszeit an Sonntagen zuzulassen, und zwar sollte die Verkaufszeit spätestens um 10 Uhr vormittags ihr Ende finden. Die bürgerlichen Parteien, mit Einschluß des frommen Zentrums, konnten sich nicht einmal für diesen Antrag erwärmen. Was scheeren sich diese Christen um das göttliche Gebot, daß der Mensch nur sechs Tage arbeiten, am siebenten aber von allen seinen Werken ausruhen soll. Für die kleineren Städte und für die Landstädte wurden die oben erwähnten Ausnahmen von den bürgerlichen Parteien festgelegt, weil die Geschäftsleute dieser Städte sonst in ihrer Existenz schwer bedroht würden. Denn die Landbevölkerung habe an den Wochentagen keine Zeit, nach der Stadt zu kommen, um ihre Einkäufe zu besorgen. Man wird sich erinnern, daß die gleichen Einwände erhoben wurden, als es sich in der „guten alten Zeit“ darum handelte, die jetzt bestehende gesetzliche Sonntagsruhe einzuführen, von der man früher noch nichts wußte. Bis 10 und 11 Uhr abends saß damals auch an Sonntagen der Angestellte im leeren Laden — der im Winter eiskalt war —, um einen etwa noch kommenden Kunden zu bedienen, der vergessen hatte, am Tage seine Einkäufe zu besorgen. Auch damals brohte man mit dem Ruin der Ladenbesitzer, falls dieser idyllische Zustand verboten werden sollte. Der damalige Sturm der Mittelständler ist längst verhaucht, und das laufende Publikum hat sich mit der Neuerung abgefunden, die für Hunderttausende von Handelsangestellten eine Notwendigkeit war. Und die Verkaufsstellen der Konsumvereine, die doch überwiegend Lebensmittel vertreiben, sind heute schon durchweg an Sonntagen gänzlich geschlossen. Eine völlige Sonntagsruhe, mindestens aber eine dem sozialdemokratischen Antrag entsprechende Ordnung wäre also gut durchführbar. Und jede sozial empfindende Hausfrau würde sich auch gewiß mit dieser Neuerung befreunden. In Hinblick auf die so schwer geplagten Handlungsangestellten. Haben diese doch immer noch eine viel längere Arbeitszeit als die in der Industrie beschäftigten. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen steht natürlich zu dem sozialdemokratischen Antrag, die anderen großen Verbände der Handlungsgehilfen sind nicht warm und nicht kalt in dieser für ihre Mitglieder so wichtigen Frage. In ihrer Harmoniebuscheln möchten sie es nicht mit den Unternehmern verderben, während sie andererseits aber auch den Wünschen der Mitglieder Rechnung tragen müßten, die natürlich zum mindesten für eine Verbesserung der Sonntagsruhe sind. Der freigewerkschaftliche Handlungsgehilfenverband macht nun etwas Feuer hinter die Sache. In einem Aufruf des Zentralvorstandes werden die Mitglieder aufgefordert, von ihrem Verbandsleiter Anweisungen zu verlangen, daß von einem bestimmten Tage an keine Sonntagsarbeit mehr geleistet werden soll. Zugleich hat der Zentralvorstand an die größeren kaufmännischen Angestelltenverbände ein Rundschreiben gerichtet. Darin wird erklärt, daß alle Versammlungsbeschlüsse und Eingaben nicht den gewünschten

Eindruck auf die gesetzgebenden Körperschaften gemacht haben. Deshalb müsse zu anderen Maßnahmen gegriffen werden, um die völlige Sonntagsruhe herbeizuführen. Der Vorstand schlägt in der Folge vor, daß alle Handlungsgehilfenvereine an ihre Mitglieder die Weisung ergehen lassen, von einem bestimmten Tage an keine Sonntagsarbeit mehr zu leisten. Auf den Erfolg dieses Schrittes darf man gespannt sein. Die gegnerischen Verbände müssen jetzt Farbe bekennen und beweisen, ob sie etwas mehr als Schaumschlägereien für ihre Mitglieder übrig haben. Wäre die so dringend notwendige Einigkeit unter den organisierten Handlungsgehilfen vorhanden und würden diese sich insgesamt ernst und geschlossen für ihre Sache einsetzen, so könnte eine gewaltige Einwirkung auf die Gesetzgebung nicht ausbleiben. Die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe würde um einen mächtigen Aufwind vorwärts kommen. Den vielen Worten muß jetzt die Tat folgen!

Ein interessantes Protokoll ist bekannt geworden über eine Geheimführung der Straßenbahndirektionen einiger Bezirksverbände. Bei den Erörterungen über die Streiks der Straßenbahner wurde betont, daß die bestreikten Betriebe sich gegenseitig aushelfen müßten, und zwar zunächst mit Kontrollbeamten, deren Abwesenheit im Heimatort weniger auffallen würde. Auch die städtischen Straßenbahnbetriebe müßten diese Aushilfe leisten, dabei aber vorsichtig zu Werke gehen, um sich nicht Angriffen in den Stadiparlamenten auszuliefern. Das Aushelfen bei Streiks müsse stattfinden, damit die Streikenden nicht den Triumph genößen, den Betrieb der Straßenbahn auch nur einen Tag zum Stillstand gebracht zu haben. Einer der Herren Direktoren klagte über die hohen Kosten für Streikbrecher. 15 Mk. Taggeld für einen Mann seien doch wohl etwas viel; die Leute müßten doch nicht förmlich mit Geld überschüttet werden. Ein anderer gestaltete sich in dieser geschlossenen Gesellschaft den Luxus der Ehrlichkeit und meinte, auf die Dauer sei doch der Standpunkt nicht haltbar, daß man den Angestellten das Koalitionsrecht verweigere, während die Unternehmer selbst organisiert seien.

Die Aussperrung in der Solinger Waffenindustrie zeigt ein wenig verändertes Bild. Die Unternehmer möchten gern Uneinigkeit unter die Arbeiter säen. In dieser Absicht wollten sie die Kündigungen gegen die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes zurücknehmen. Die Mehrzahl der Streikenden gehört nämlich dem Industriearbeiterverband an, einer Lokalorganisation, die schon seit Jahren besteht. Die organisierten Metallarbeiter lehnten selbstverständlich jenes „freundliche“ Anerbieten der Unternehmer ab. Im übrigen führen diese den Kampf mit den auch sonst geübten Mitteln des Terrors und der schwarzen Listen.

Im Schneidergewerbe gab es einige Kämpfe von Bedeutung. In der Stuttgarter Herrenkonfektion konnte der beinahe zehn Wochen dauernde Streik mit annehmbarem Erfolg für die Arbeiter und Arbeiterinnen beendet werden. Die Akkordlöhne wurden um 6 bis 10 Prozent erhöht, die Wochenlöhne um 1,50 Mk. für die Schneider und um 90 Pf. bis 1 Mk. für die Näherinnen. Auch in Burg bei Magdeburg nahm der Streik ein erfolgreiches Ende für die Ausständigen, hier schon nach einer Woche. In Saarbrücken dagegen heben die Schneider noch im Kampfe. Der Erfolg wird ihnen durch die jetzt schon allgemein übliche Streikbrechervermittlung der Christlichen sehr erschwert. — Im Dresdener Paugewerbe ist der Tarif gekündigt worden. Die Arbeiter stellen verschiedene Forderungen auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

In der Rheinpfalz, in Neustadt a. S., streiken die Binger. Es handelt sich hier nicht um einen sogenannten wilden Streik, sondern um einen von organisierten Arbeitern wohlvorbereiteten Kampf. Die Weinbergarbeiter gehören fast alle dem Landarbeiterverband an. Sie verlangen eine Erhöhung des Taglohns von 3 auf 3,50 Mk. und eine Verbesserung des Akkordlohns um 10 Prozent. Der Bürgermeister hat wiederholt Schritte zu einer Einigung unternommen. Sie scheiterten aber an dem Widerstand der Weinbergbesitzer, die sich flugs zu einer Organisation zusammenschlossen haben. Die Bewegung ist durchaus aussichtsreich für die Arbeiter, nur muß man auch hier den Christlichen auf ihre unfauberen Finger sehen. Haben sie doch sofort nach Bekanntwerden der Lohnbewegung ein Bezirkssekretariat gegründet, trotzdem ihre Versammlung von ganzen drei Mann besucht war. Die Skage kann das Mäusen nicht lassen. Die Christlichen werden wohl auch hier versuchen, Streikbrecher herbeizuschaffen.

Was für riesige Erfolge doch die Herren Christlichen ihrer unternehmertrauen Taktik zu verdanken haben! In Rheinland-Westfalen haben sie für die Pflasterer und Kammer einen Tarif abgeschlossen, der den Stundenlohn von

bisher 66 Pf. auf 53 Pf., also um 13 Pf. herabsetzt. Die Differenz zwischen niedrigstem und höchstem Tariflohn, die bisher 5 Pf. betrug, wurde auf 20 Pf. erweitert. Akkordarbeit, die bisher nicht zulässig war, wird eingeführt. Außerdem ist ein Arbeitspensum festgesetzt, das zum Teil geradezu unsinnige Anforderungen an die Arbeiter stellt. Und das Ganze schimpft sich Vertretung von Arbeiterinteressen. #

Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband. Die Februarzählung ergab insgesamt 2184 Arbeitslose, darunter 642 weibliche, im Vormonat waren es 2726 und im Februar des Vorjahrs 1194. Am Stichtag wurden als auf der Reise befindlich 155 Arbeitslose gemeldet, darunter 9 weibliche, im Vormonat waren es 132, im Februar des Vorjahrs 122. Die Februarzählung ergab 83 350 männliche, 53 504 weibliche, zusammen 136 854 Mitglieder. Von der Zählung wurden 99,2 Prozent der Mitglieder erfasst.

Zum Streik der heimarbeitenden Schirmnäherinnen in Aurillac (Frankreich). Vor ungefähr einem Monat trafen in Aurillac 70 Arbeiterinnen der Schirmindustrie in den Ausstand, obgleich sie noch völlig unorganisiert waren. Die Veranlassung dazu gab eine fünfzigprozentige Lohnverkürzung zu einer Zeit, in der die Arbeiterinnen planten, ihre wirtschaftliche Lage durch eine Erhöhung der Löhne zu verbessern. Diese Bewegung war vor allem dadurch bemerkenswert, daß es sich um Frauen der ausgebeuteten Arbeiterschicht handelt, um Heimarbeitenden. Der Kampf fand die größte Sympathie der Arbeiterbevölkerung von Aurillac. Die übrigen Schirmnäherinnen schlossen sich ihren Berufsgenossinnen im Kampfe an, und die Streikenden erhielten materielle Unterstützungen. Am vierzehnten Tage des Streiks war die Zahl der ausständigen Arbeiterinnen von 70 auf 400 gestiegen, die einstimmig die Weiterführung des Kampfes beschloßen. Die erste allgemeine Versammlung der Schirmnäherinnen, die in der Arbeitsbörse stattfand, brachte die klar formulierten Forderungen der Streikenden. In der zur Annahme gelangten Resolution wurde festgestellt, „daß die Unternehmer ursprünglich selbst die Aufstellung eines Einheitstarifs für die ganze Schirmindustrie in Aurillac forderten, während sie jetzt eine Durchführung zu verhindern suchten. Und das obgleich ein Lohn tarif sowohl für die Unternehmer von Vorteil wäre — indem er sie vor Konkurrenten schützt, die auf die niedrigsten Löhne spekulieren — wie für die Arbeiterinnen, denen er einen Mindestlohn sichern würde.“

Der Sekretär des Syndikats der Konfektionsarbeiter hat eine Enquete über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schirmnäherinnen veranstaltet, der wir folgendes entnehmen: „400 bis 500 Arbeiterinnen werden in der schon seit undenklichen Zeiten in Aurillac bestehenden Schirmindustrie beschäftigt, und zwar fast alle als Heimarbeitenden. Wie bei aller Heimarbeit ist der Verdienst sehr niedrig. Bei Durchsicht der Lohnbücher wurde festgestellt, daß der jährliche Durchschnittsverdienst 400 bis 500 Franken (320 bis 400 M.) beträgt. Für ihre Arbeit bedarf die Arbeiterin einer Nähmaschine im Werte von 260 bis 270 Franken, die sie sich auf ihre eigenen Kosten anschaffen muß, und mit der sie 10 bis 12 Jahre schaffen kann. Wenn man zu dem Kaufpreis der Maschine noch die Ausgaben für Öl, Nadeln, Reparaturen usw. rechnet, so kann man für die betreffenden Aufkosten 40 Franken (32 M.) jährlich vom Verdienst abziehen. Der Schirmnäherin bleibt also ein Einkommen von 800 bis 400 Franken (285 bis 370 M.) jährlich. Es handelt sich dabei nicht um Arbeiterinnen, die durch ihren Arbeitsverdienst einen Zuschuß zum Haushaltsbudget leisten, sondern um arme Frauen, die keinerlei anderen Verdienst haben und von diesem ihrem einzigen Einkommen ihre Kinder, oft 3 bis 4, ernähren müssen. Alle von mir befragten Arbeiterinnen haben mir gleichlautende Auskünfte gegeben, daß sie in der Hochsaison (besonders der für Regenschirme) eine Durchschnittsarbeitszeit von 14 Stunden haben, die jedoch oft auf 17 bis 18 Stunden im Tag steigt. Während 6 Monaten im Jahr arbeiten sie auch Sonntags. Nehme ich eine sehr mäßige Arbeitszeit von 12 Stunden und einen Stundenlohn von 10 Centimes (8 Pf.) an, so verdient nach dieser Berechnung eine Monteuze (Aufnäherin) pro Tag 1,20 Franken (1 M.). Dieser Stundenlohn von 10 Centimes kann aber nur bei sehr angestrengter Arbeitsleistung erreicht werden. Die Löhne sind schon seit 30 Jahren dieselben.“

Die in dieser Enquete mitgeteilten Tatsachen lassen erkennen, wie berechtigt die Lohnbewegung der Arbeiterinnen war. Die Kampfesenergie dieser Streikenden werde erfreulicherweise durch die außergewöhnliche Solidarität in der eigenen Reihe erheblich gestärkt. Nur zwei Streikbrüche waren in 4 Wochen zu verzeichnen. Die Unternehmer, die zuerst jede Verhandlung schroff abgelehnt hatten, mußten sich schließlich dazu verstehen mit den Delegierten der Streikenden vor den Präsekten zu gehen, der seine Vermittlung anbot. Die Verhandlungen wurden vor einem Schiedsgericht geführt, das aus drei

Personen bestand, einer Arbeiterin, einem Unternehmer und dem als unparteiischen Dritten bezeichneten Präsekten. Die Herren Unternehmer waren gezwungen, ihren Widerstand aufzugeben und einen allgemeinen Tarif anzunehmen, der eine 30 bis 35prozentige Lohnerhöhung für alle Artikel bringt. Abgesehen von dem bemerkenswerten materiellen Erfolg, hat der Streik eine vollständige Umwälzung der moralischen Stimmung der Arbeiterinnen bewirkt, die über die Kreise der Schirmnäherinnen hinausgegriffen hat. Dank diesem Umschwung wurde zunächst eine Gewerkschaft der Schirmnäherinnen gegründet, und die in der Militärkonfektion von Aurillac beschäftigten Arbeiterinnen, ebenso wie die Weisnäherinnen, sind diesem guten Beispiel gefolgt. W. Gr.

Genossenschaftliche Rundschau.

Die moderne Konsumvereinsbewegung hat im Jahre 1913 nicht nur gute Fortschritte gemacht, die sich durch Zahlen ausdrücken lassen, sie hat auch an innerer Festigung gewonnen. Maßgebend für die Beurteilung der Bewegung ist der Zentralverband deutscher Konsumvereine, und dessen kräftige Entwicklung macht den Mittelständlern große Sorge. Ein großer Teil der bürgerlichen Presse jammert angeichts der Zahlen, die sich aus den Geschäftsablässen einiger großer Konsumvereine, zum Beispiel der Berliner Konsumgenossenschaft, ergeben. Warum dieses Gejammer über eine sozial so erfreuliche Tatsache? Denn die Konsumvereine sind doch geradezu die Genossenschaften der Unbemittelten, die mit geringerem Einkommen zu rechnen haben und das Meiste ihres Verdienstes für die täglichen Lebensbedürfnisse auszugeben gezwungen sind. Diese Bedürfnisse befriedigt aber zum größten Teil der Konsumverein, und zwar in der vorteilhaftesten Weise. Unsere Mittelstandsretter erklären aber die sozial wertvollen Fortschritte der Konsumvereine lediglich für eine mittelstandsfeindliche, den Mittelstand „untergrabende“ Erscheinung, die natürlich der Sozialdemokratie auf das Konto zu setzen ist. Daß der in Frage kommende sogenannte Mittelstand, dem die Konsumvereine im Wege sind, nur einen verschwindenden Bruchteil des Volkes bildet, während die Konsumvereine den breiten Massen nützen, schert jene edlen Volksfreunde weiter nicht. Sie sehen vielmehr nach wie vor Himmel und Hölle in Bewegung, um den Arbeitergenossenschaften so viel wie möglich Schwierigkeiten zu schaffen. Daß sie bei den Massen selbst meist das gerade Gegenteil von dem erreichen, was sie wollen, sehen sie ebenfalls nicht ein. Denn es ist unbestreitbar, daß der ungeheure Aufschwung und die beispiellos schnelle Entwicklung der deutschen Arbeiterkonsumvereine in den letzten zehn Jahren zum Teil mit auf die feindlichen Bestrebungen der Mittelstandsretter zurückzuführen sind. Durch deren gehässige Anstrengungen sind weite Kreise der Arbeiter agerüttelt worden, die bis dahin den Genossenschaften ziemlich gleichgültig gegenüberstanden.

Die Mittelständler werden sich vielleicht darüber freuen, daß die Zahl der Vereine des Zentralverbandes von 1157 auf 1155 zurückging. Diese Freude wäre jedoch sehr verfehlt. Denn die Zahl der Vereinsmitglieder stieg von 1 483 811 auf 1 620 694! Wir können mit einem „Mädgang“, der in einer Vermehrung der Mitglieder um 137 000 zum Ausdruck kommt, sehr zufrieden sein. Die Verringerung der Zahl der Vereine ist aber ebenfalls eine nur erfreuliche Tatsache für diese selbst. Sie ist nämlich darauf zurückzuführen, daß sich kleinere Vereine großen angeschlossen oder zu großen verschmolzen haben. Darin liegt eben die Festigung und wachsende Leistungsfähigkeit der Konsumvereinsbewegung. Es ist dies eine Entwicklung, die planmäßig herbeigeführt ist und von der man nur wünschen kann, daß sie weiter anhält. Der Gesamtumfang der Vereine stieg auf rund 505 Millionen Mark. Das sind etwa 50 Millionen Mark mehr als im Vorjahr oder eine Steigerung von 10 Prozent. Der Wert der Eigenproduktion der dem Zentralverband angehörenden Vereine stieg von 84 auf 99 Millionen Mark. Auch der Umsatz der Groß-einkaufsgesellschaft in Hamburg steigerte sich wesentlich; er betrug 1912 rund 136 Millionen, 1913 aber 154 Millionen Mark. Über ihre Eigenproduktion entnehmen wir der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ folgendes: „Der Konsum in Zigarren und Tabakfabrikaten gehört bekanntlich zu denen, die in schlechten Zeiten zuerst eingeschränkt zu werden pflegen, namentlich in den Kreisen, die die Hauptabnehmer in den Konsumvereinen stellen. Es ist ein ehrendes Zeugnis für die Vertriebe der Groß-einkaufsgesellschaft, daß sie gleichwohl rüstig vorwärtsritten. Der Gesamtumfang der Abteilung Zigarrenfabriken und Tabakfabrikate betrug 1913 3 680 327 M., 1912 3 365 658 M. Auch die Seifenfabrik in Gröbba beweist in ihrer Entwicklung, daß ihre

sah, als er erklärte, daß das Kapital schmutz- und blutstarrend vor uns stehe.

In Crimmitschau wie anderwärts auch ist die umfangreiche Erwerbsarbeit der Frauen eine Folge der schlecht entlohnenden Männerarbeit. Was der Familienvater erwirbt, das reicht nicht aus, die Seinen zu behausen und zu ernähren, und sie wollen doch auch befreit sein, von anderen Bedürfnissen des heutigen Menschen zu schweigen. Die Crimmitschauer Erhebung hat dargetan, daß nicht bloß in der Textilindustrie die Männerlöhne so niedrig sind, daß der Verdienst der Familienmutter zum ehernen Muß wird. Von den 3248 Ehefrauen waren nur 897 mit Textilarbeitern verheiratet, die Männer der übrigen verteilten sich auf alle Berufe bis zu Staats- und Gemeindebeamten. In Crimmitschau betrug im vorigen Jahre der Wochenlohn im Durchschnitt für Weber 22 Mk., für Spinnereiarbeiter 17,50 Mk. und für Färbereiarbeiter 17 Mk. In einigen anderen Berufen war der Verdienst wohl etwas höher, aber auch für den Familienunterhalt nicht ausreichend. Neben der auf Profit der Unternehmer gerichteten Produktionsweise selbst ist es namentlich die 1902 beschlossene unsinnige Wirtschaftspolitik des Zoll- und Steuerruchers, die die Frauen in steigender Zahl zum Erwerb zwingt. Die Behörden, die bürgerlichen Gelehrten und Politiker schütteln betrübt die weisen Köpfe über den Geburtenrückgang, und staatliche Maßregeln gegen den Vertrieb antikonzeptioneller Mittel sollen ihm entgegenwirken. Die Herren sollen sich doch einmal die ganz simple Frage stellen, ob die erwerbstätige Proletarierin gesunde Kinder gebären und aufziehen kann. Die kapitalistische Ausbeutung der Frau setzt die Gebär- und Stillfähigkeit herab, die tausend Lasten der proletarischen Mutter und die mangelnde soziale Fürsorge für sie und das Kind mindern die Elternfreudigkeit. Wer den Geburtenrückgang beklagt, für den heißt es: hie Rhodus, hie salta! sk.

Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen.

Die Arbeitslosigkeit im neuen Jahr. Nach den Feststellungen von 825 Arbeitsnachweisen — 131 hatten nicht rechtzeitig berichtet — wurden im Januar 1914 für weibliche Erwerbstätige insgesamt 80759 offene Stellen gemeldet, denen 84828 Arbeitsgesuche gegenüberstanden. Unter diesen befanden sich rund 9000, die vom verfloßenen Jahre übernommen worden waren. Nur 49715 Stellen konnten im Laufe des Berichtmonats vermittelt werden; es blieben also nicht weniger als 35113 arbeitsuchende Frauen und Mädchen übrig. Gegen den gleichen Monat des Vorjahres haben die Arbeitsgesuche um 7567, die offenen Stellen dagegen nur um 2251 zugenommen. Auf 100 offene Stellen kamen bei den festgestellten Gesamtzahlen im Berichtmonat 105 weibliche Arbeitsuchende; die entsprechenden Zahlen betragen im Dezember 123 und im vorjährigen Januar 98. Im Vergleich mit dem Vormonat ist demnach eine schwache Besserung eingetreten; gegen den Monat Januar 1913 hat sich jedoch der Arbeitsmarkt für die weiblichen Arbeitskräfte verästelert. Die höchste Verhältniszahl wurde im Berichtmonat in Schlesien ermittelt, dort kamen 135 weibliche Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen, dann folgen die freie Stadt Hamburg mit 133, Elsaß-Lothringen mit 129, Bayern mit 120, ferner Berlin und Brandenburg mit 118, Posen mit 115 und das Königreich Sachsen mit 111, während in den übrigen Landesgebieten die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden unter dem Durchschnitt steht. Die festgestellten Verhältniszahlen erhöhen sich aber, und zum Teil ganz beträchtlich, wenn man die erfassten Gruppen gewerblicher Tätigkeit allein in Betracht zieht, also die Erwerbsgebiete Landwirtschaft, Gast- und Schankwirtschaft und häusliche Dienste beiseite läßt. Im Januar 1914 kamen dann auf 100 offene Stellen 167 arbeitsuchende Arbeiterinnen gegen 144 im gleichen Monat des Vorjahres. In einzelnen Industrien wird dieser hohe Durchschnitt noch bedeutend übertroffen. So entfallen auf 100 offene Stellen weibliche Arbeitsuchende:

	Im Januar	
	1914	1913
In der Metallindustrie	248	172
In der Holzindustrie	243	122
Im Handelsgewerbe	230	229
In der Nahrungsmittelindustrie	217	182
Bei Fabrikarbeit ohne nähere Bezeichnung	188	168

Außer den hier angeführten Industrien haben sich noch die Beschäftigungsverhältnisse gegen das Vorjahr verschlechtert in der Textilindustrie, im Bekleidungs- und Reinigungs- sowie im graphischen Gewerbe. Etwas gebessert hat sich die Lage nur in der Papier- und in der Lederindustrie.

Die schlimmsten Ergebnisse der Arbeitsnachweise werden durch die gewerkschaftlichen Arbeitslosenzählungen bestätigt. Sie liegen für

88 Organisationen vor, die zusammen 215244 (im Vorjahr 219302) Mitglieder umfassen. Am Ende der letzten Woche des Januar 1914 wurden von ihnen 4959 Arbeiterinnen als arbeitslos gemeldet, das sind 2,4 vom Hundert der Mitgliederzahl. Gegen den gleichen Monat des Vorjahres, wo 3171 weibliche Arbeitslose ermittelt wurden, bedeutet das eine Zunahme der weiblichen Arbeitslosen um 1788 oder 57 Prozent. Prozentual die meisten weiblichen Beschäftigungslosen hat in diesem Monat der Glaserverband mit 25,0. Ebenfalls hohe Prozentzahlen weisen noch auf die Verbände der Tapezierer 11,2, der christliche Keramarbeiterverband 9,2, der Kürschnerverband 7,4 und der Futarbeiterverband 5,9. Weniger weibliche Arbeitslose als im vorjährigen Januar wurden nur im Sattler-, Fleischer- und Tabakarbeiterverband festgestellt. Die Arbeitslosigkeit der weiblichen Mitglieder war verhältnismäßig größer als die der männlichen in den Verbänden der Keramindustrialie, im Branerei- und Mühlenarbeiter- und im Staats- und Gemeindearbeiterverband. Im letzteren Verband waren 4,8 vom Hundert der weiblichen, 1,6 vom Hundert der männlichen Mitglieder arbeitslos. a. b.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Was eine amerikanische Streikführerin erdulden muß. Unseren Leserinnen ist aus den Artikeln in Nr. 8 und 9 bekannt, welche hervorragende Rolle in den Kämpfen der nordamerikanischen Bergarbeiter zwei Frauen spielen: Mutter Jones und Annie Clemons, die „Bergarbeiterengel“. Ein neuer Gewaltstreik der Grubenmagnaten und ihrer politischen Lakaien reiht sich den Verfolgungen an, die diese beiden heldenhaften Frauen schon um ihrer Überzeugung willen erduldet haben. Er hat die hochbetagte Mutter Jones getroffen, die ganz ähnlich behandelt worden ist wie Genosse Meyer, der Vorsitzende des Bergarbeiterverbands für den Westen.

Der Süden von Colorado ist seit Monaten der Schauplatz eines erbitterten Kampfes zwischen Kapital und Arbeit. Viele Tausende von Kohlengräbern, meist eingewanderte Proletarier verschiedener Nationalität, ringen verzweifelt und zäh um ein wenig mehr Sonne und Brot. Am 4. Januar kam Mutter Jones nach dem Streikgebiet, um die Kohlengräber und ihre Frauen zum mutigen Aushalten anzufeuern und sie zu unterstützen. Gleich am Bahnhof zu Trinidad wurde die Greisin von der staatlichen Miliz gefangen genommen, die der General Chase in Person befehligte. „Ich hätte doch nicht geglaubt, Ihr würdet es wagen, in Eurer Freiheit so weit zu gehen,“ sagte Mutter Jones zu dem Hauptmann, der sie gefangen nahm. Die Truppen formierten einen Kordon um die „Aufseherin“ und zwangen sie, in ihrer Mitte nach einem Hotel zu marschieren. Dort erhielt sie Frühstück, doch gestattete man ihr nicht, mit irgend einem Arbeiter zu sprechen. In derselben Weise wurde Mutter Jones nach dem Bahnhof zurücktransportiert und dann gewaltsam in den Zug nach Denver gebracht. „Dies ist ein freies Land,“ rief unsere Genossin den Miliztruppen ironisch zu. Ein Leutnant und vier Mann begleiteten sie bis Denver. Mutter Jones hatte die Absicht, in einer Massenversammlung in Walsenburg zu sprechen, das auf dem Wege nach dieser Stadt lag. Als der Zug die Station Walsenburg erreichte, erwartete eine große Menge Männer und Frauen ihre Vorkämpferin. Sie hatten telephonisch von der Gefangennahme und Ausweisung Nachricht erhalten. Der Aufenthalt war aber kurz, und Mutter Jones konnte den Freunden nur wenige Worte durch ein offenes Fenster zurufen: „Ich hoffe, euch wieder zu besuchen, wenn Colorado zu einem Teil der Vereinigten Staaten gemacht ist, aber jetzt — —“ Die Menge hatte nicht nahe an den Zug heran gedurft.

In Denver hatte Mutter Jones sofort eine Besprechung mit mehreren Arbeiterführern. Sie erklärte aufs bestimmteste, daß sie nach dem Streikgebiet zurückkehren werde, um den kämpfenden Bergleuten beizustehen. Die Arbeitervertreter erblickten in dem Vorgehen der Miliz eine Unterdrückung der verfassungsmäßigen Rechte. Sie wendeten sich an den Gouverneur des Staates Colorado. Denn der Milizgeneral Chase hatte in Trinidad und Walsenburg Befehl erteilt, Mutter Jones bei ihrer Rückkehr sofort zu verhaften und ins Gefängnis zu werfen. Seiner Ausrufung nach war die Ausweisung aus Trinidad nur „eine Warnung für Mutter Jones, daß ihre Anwesenheit im Streikgebiet den Behörden nicht erwünscht sei“. Er würde nicht dulden, daß die Frau Streikende besuche oder Ansprachen an sie hielte. „Sollte sie wiederkommen,“ sagte er, „so haben wir eine kleine hübsche Partie für sie vorbereitet.“ Der Staatsgouverneur erklärte, daß der Milizgeneral wohl guten Grund für seine Handlungsweise haben möge und daß

er selbst aller Wahrscheinlichkeit nicht einschreiten werde. Daraufhin rieten die Arbeiterführer den Streikenden, sich zu bewaffnen, um gegen die Miliz gerüstet zu sein, sowie auch um Mutter Jones bei ihrer Rückkehr gegen die militärischen Strauchritter verteidigen zu können.

Am 12. Januar kam Mutter Jones nach Trinidad zurück. Vorsichtshalber verließ sie den Zug vor der Stadt. Kaum war ihre Anwesenheit bekannt geworden, als die Miliz erschien. Mutter Jones aus dem Hotel geriet, in ein bereitstehendes Automobil warf, das in schnellstem Galopp mit ihr durch die Straßen sauste, vorn und hinten eine Abteilung Kavallerie als Bewachung. Einige hundert Strohengräber, die sich in den Straßen befanden, jubelten Mutter Jones zu, die nach dem San-Rafael-Hospital gebracht wurde, wo sie unter strengster Bewachung, abgeschnitten von jedem Verkehr mit Freunden gefangen gehalten wird.

Wie eine schwere Verbrecherin wird eine Frau, eine Greisin behandelt und mißhandelt, die durch ein aufopferungsreiches Leben bewiesen hat, daß sie zu den Besten ihres Geschlechts gehört, daß sie eine Pflanze der Menschheit ist. Die Staatsbehörden treten dabei die Verfassung mit Füßen. Die Miliztruppen werden aus Schützern des Vaterlandes zu Wülfen der Grubenkapitalisten, des schamlos ausbeutenden Geldsacks. Und das alles im Staate Colorado, wo seit rund 20 Jahren das Frauenwahlrecht besteht, dessen Wunderwirkungen als Heilmittel aller sozialen Gebrechen die bürgerliche Frauenrechtleri nicht genug preisen kann. Und das verdient noch hervorgehoben zu werden: soweit bis jetzt Nachrichten vorliegen, hat sich in der bürgerlichen Frauenwelt des Staates Colorado und der nordamerikanischen Union überhaupt kein Sturm der Entrüstung ob der empörenden Schandtat erhoben, deren sich die staatlichen Landknechte der Grubengewaltigen wider das Staatsbürgerrecht, die Frauwürde, das Menschentum einer Geschlechts-genossin schuldig gemacht haben. Was ist in diesem Falle aus der so oft beschworenen „großen Schwesternschaft“ aller Frauen geworden? Sie ist an der Solidarität der bürgerlichen Damen mit den ausbeutenden Mammonsfürsten zu den Hundstufen gesunken. Sollen uns diese nackten, unumstößlichen Tatsachen vielleicht veranlassen, in das laute Schellengellänge der Anarchisten einzustimmen, das Wahlrecht als ein Mittel der Prellerei der Ausbeuteten zu erklären, den Kampf für seine Eroberung und seinen Gebrauch als eitel Torheit? Nichts wäre kurzschichtiger und unseren Feinden erwünschter! Diese Tatsachen zeigen nur den Proletarierinnen, daß sie ebensowenig das leere frauenrechtlerische Gekader ernst nehmen dürfen von der Solidarität aller Frauen und dem Wahlrecht als Endziel ihres Befreiungsringens. Sie lenken den Blick auf die alte Wahrheit, daß der Klassen Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausbeuteten auch die Frauen in zwei Welten teilt und daß für die Proletarierinnen das Wahlrecht nicht Endziel ihres Befreiungskampfes sein kann, sondern nur Waffe für diesen Kampf. Die erkämpfte Mehrzahl der deutschen Damen, die schon heute das Wahlrecht aller Frauen hassen und fürchten, würden sich unter ähnlichen Umständen wie in Colorado um kein „sonst anders“ verhalten wie ihre Schwestern in Amerika.

Frauenstimmrecht.

Eine demokratische Wahlrechtsreform für England hat die Arbeiterpartei beantragt. Nach ihrer Vorgabe sollen alle Männer und Frauen vom 21. Lebensjahr an das politische Wahlrecht erhalten, vorausgesetzt, daß sie an einem der vier jährlichen Tage für die Einzeichnung in die Wählerliste vier Wochen in dem Wahlkreis gewohnt haben. Die Pluralstimmen des Besitzes wie auch die Vorrechte der Universitäten werden abgeschafft. Die Wahlen sollen an einem Sonnabend stattfinden, der als öffentlicher Feiertag zu erklären ist. Der Antrag der Arbeiterpartei enthält noch Bestimmungen zur Vereinfachung der Stimmwahlen, über Registrierungsbeamte, Wahlvorsteher usw. Er sollte am 20. März in zweiter Lesung verhandelt werden, Meldungen darüber liegen jedoch nicht vor.

Eine Wahlrechtskundgebung der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen in Paris ist der glänzenden sozialistischen Manifestation zum Internationalen Frauentag gefolgt. Das „Nationalkomitee“ der französischen Frauen hatte für den 11. März eine Versammlung einberufen, die sehr stark besucht war. Es sprachen bürgerliche und sozialistische Rednerinnen und Redner. Die angenommene Resolution fordert das Parlament auf, noch in dieser Session die Vorlage über das Gemeinde- und Bezirkswahlrecht der Frauen zu verabschieden. Erwähnt sei, daß ein Tageblatt, das „Journal“, Propaganda dafür macht, daß die Frauen gelegentlich der kommenden Kammerwahlen Abstim-

mungen veranstalten, die den Charakter einer Demonstration für das Frauenwahlrecht tragen sollen. Das „Journal“ ist weit verbreitet, aber ohne Ansehen, da es auf den Publikumsfang durch Sensationen zugeschnitten ist. Viel mehr als eine Reklame für das Blatt dürfte bei dem Vorschlag nicht herauskommen, das aber ist wohl auch der Zweck. o. p.

Verschiedenes.

Gedanken eines Arbeitslosen. Wie ein Wolkenschatten plötzlich eine sonnige Landschaft verdüstert, so rasch und unbemerkt war es gekommen. In allen Etagen und Abteilungen des großen Fabrikgebäudes wurde nur von schlechtem Geschäftsgang geredet. Und in den Augen und auf den Lippen aller liegt nun die bange Frage: Wie soll das werden? Manche suchen sich wohl den Schein der Gleichgültigkeit zu geben und sagen: „Na, wenn's hier nicht ist, dann ist's wo anders.“ Allein heimlich denken auch sie mit Unbehagen an den Augenblick, da man sie wird gehen heißen, und an die Tage des Suchens nach Arbeit und Brot. Früher oder später gibt es ja wieder irgendwo Beschäftigung, aber bis dahin? Ein Loch reiht es allemal, und ehe das wieder zu ist, vergehen Monate. ... Wer wohl der nächste sein wird, wenn's zu Entlassungen kommt? Mitleid und Mißtrauen befeelt alle. Der Selbsterhaltungstrieb macht sie egoistisch. Jeder ist sich selbst der Nächste. Wie soll das werden?

So, nun bin ich draußen. Arbeitslos! Bin frei! Wenn an prächtigen Sommertagen die Sonne durch die düsteren Fenster-scheiben in den Arbeitsaal lachte, dann sehnte ich mich hinaus in die Natur und in die Ferne. Aber ich war gebannt an meine Arbeitsstelle. Jetzt bin ich frei und — habe die Aussicht aufs Hungern. Ja, es ist eine wundervolle Sache: die Freiheit des Arbeiters. — Ich habe doch immerhin Glück gehabt, fast ganze zehn Jahre habe ich ohne Unterbrechung gearbeitet auf einer Stelle. Zehn Jahre lang! Und die Früchte meiner zehnjährigen Arbeit? Nun freilich, ich habe nichts und bin so arm wie zuvor. Nein! noch ärmer! Ich habe zehn Jahre meines Lebens verloren und manche Hoffnung begraben. — Es ist ein grausames Schicksal: wir bleiben arm, weil wir arbeiten. Wir müssen arbeiten, weil wir arm sind.

Unsere theologischen Schwäger können sich nicht genug darin tun, den lieben Gott zu loben, wie zweckmäßig er alles auf Erden eingerichtet habe. Das Gras ist grün, das Wasser nah, der Himmel hoch — weil sonst die Aviatiker mit ihren Fahrzeugen nicht genügend Bewegungsfreiheit hätten — die Fische leben nicht auf dem Trockenen und die Vögel nicht im Wasser. Kurz, der liebe Gott hat alles just so eingerichtet, wie es sein muß. Aber welchen Sinn hat nun die harte Tatsache, daß keine Arbeit vorhanden ist für eine große Zahl Menschen, die als armer Leute Kinder zur Welt kommen, und die folglich wieder Arbeiter werden müssen?

Ein mächtiger Fürst soll einstmal also gesprochen haben: Schwerste Strafe denen, die andere an freiwilliger Arbeit hindern. Ich möchte gern arbeiten, und ich muß arbeiten, sonst muß ich und meine Familie verhungern. Vom frühen Morgen bis zum Abend laufe ich herum und suche Arbeit. Ich würde Steine fassen, Säcke tragen, Straßen fegen. Eine jede Arbeit wäre mir recht. Aber man läßt mich nicht arbeiten. Wenn jener Fürst wirklich sein Wort wahr machen wollte, er müßte die ganze bürgerliche Gesellschaft einsperren!

Jeden Tag früh, wenn ich mit einem trockenen Stück Brot in der Tasche auf die Suche nach Arbeit gehe, ruft mir mein Weib nach: „Geh' in Gottes Namen!“ Die Ahnungslose! Wahrscheinlich glaubt sie, daß ich eher Arbeit finde, wenn sie mich unter Gottes Schutz stellt. Sie weiß nicht, daß es nicht einmal nützen würde, wenn man sich dem Teufel verschriebe.

Wie erniedrigend das Gefühl ist, um Arbeit bitten zu müssen. Arbeit gehört doch zum menschlichen Leben wie Luft, Licht und Wasser. Und wir müssen sie uns erbetteln! Tagelang heben wir vom Arbeitsnachweis nach den gemeldeten offenen Plätzen. Oder wir rennen von den Ausgabestellen der Tagesblätter nach allen Windrichtungen. Nach allen Hoffnungen auf Arbeit und Verdienst hören wir dann ein trockenes: „Leider besetzt“ oder: „Schon erledigt“. Die Phantasie der alten Griechen ließ Tantalus in der Unterwelt leiden, indem die Zweige mit den herrlichsten Früchten immer wieder zurückwichen, nach denen der Verschmachtende langte. Die Qualen eines modernen Arbeitslosen sind nicht geringer. Einen Hoffnungschimmer gäbe es freilich für ihn: er könnte bald verhungern! Heinrich Solek.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.
Druck und Verlag von J. G. W. Neig. Nach. G. m. b. H. in Stuttgart.